Klassenkampf

Kommunistisches Organ — Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.36 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leschenfeldstr. 14, Tel.: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag)

Mit der Bunten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreise: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leschenfeldstr. 14

Einzelpreis 10 Pfennig — Halle, Dienstag, den 11. Oktober 1932 — 12. Jahrgang, Nr. 235

Her zu uns!

Wir die Papen-Schleicher-Regierung besiegen will!

Wer den Faschismus vernichten will!

Wer den Hindenburg-Sozialismus überwinden will!

Wer alle, die ihr Freiheit, Arbeit, Brot und Sozialismus erringen wollt!

Die deutsche Arbeiterklasse marschiert wieder! Sie marschiert unter der Führung der Kommunisten, sie marschiert in der Richtung, die das „Manifest der Kommunistischen Partei Deutschlands an das arbeitende Volk" aufgezeigt hat:

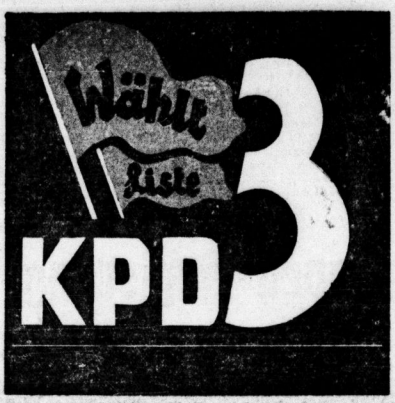
Wer den Sozialismus will, muß heute gegen die Kapitalisten, gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen faschistische Unterdrückung, gegen Notverordnungstribute wie gegen Young-Tribute kämpfen. Verstehen es nicht, die SPD hat euch in Not und Elend gestürzt, Müller hat euch verraten und verkauft. Das Zentrum paktiert mit den Nazis. Die Papen-Regierung schmälert auch den letzten Bissen Brot und das letzte Recht.

Die Kommunisten allein zeigen den Weg aus der Katastrophe!

Wir Kommunisten haben als einzige durch den Antiparlamentarischen Kampf gegen die Tagesnöte, wie im Reichstag geschritten, was wir den werktätigen Wählern versprachen: den schärfsten unerbittlichen Kampf gegen die Kapitalistendiktatur.

Wir rufen zum gemeinsamen Kampf!

Es lebe die Einheitsfrontaktion gegen Lohn- und Unterstützungsraub, gegen Faschismus und Kapitalsdiktatur!



Fort mit der Papen-Regierung, fort mit den Papen-Notverordnungen!

Nieder mit den Tributverträgen von Versailles und Lausanne!

Es lebe der Kampf für die Freiheit der Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes!

Heute bringen wir:

Eine proletarische Reportage mit Bildern über den bestreikten Papen-Betrieb Villeroy & Boch in Torgau.

Eine proletarische Reportage über das Piesteritzer Stickstoffwerk und eine verunglückte Gasschutz-Kriegsübung.

Provokateur Paul Franken!

Die Linie des sozialdemokratischen Wahlkampfes im Bezirk

Von Paul Suhr

(Fortsetzung und Schluß)

„Und die Kommunisten? Haben sie nicht ständig die Stichworte und Phrasen geliefert über den Kampf gegen die Demokratie und Verfassung?"

Verzeihung Herr Franken, welche Demokratie und Verfassung meinen Sie? Etwa die des Herrn Gayl? Hörtermann zog bereits aus, die „Zweite Republik" zu finden. Er hat sie noch nicht. So können Verwirrungen entstehen. Diese wollen Sie auch nur anrichten zu Ihrer eigenen Rettung. Doch das leuchtende Schwert des Marxismus trifft alle Dunkelmänner, die versuchen, mit Gift zu handeln.

Jawohl, wir kämpfen gegen die Demokratie des kapitalistischen Staates, die zur Konservierung des Ausbeutersystems dient, eben weil wir Marxisten sind. Der Staat ist nach unserem alten Lehrmeister Engels nichts anderes

„als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie".

Natürlich weiß der Franken auch, daß schon das Kommunistische Manifest von der Demokratie des bürgerlichen Staates als der verschleierten Form der Diktatur der Bourgeoisie spricht. Natürlich ist Herrn Franken bekannt, daß Marx und Lenin die Diktatur des Proletariats erst als die wahre Demokratie ansehen. Aber das stört diesen Menschen, der sich auch noch Lenin-Schüler nennt, nicht im geringsten.

Seine „marxistischen" Kenntnisse verleugnet er weiter. Er schiebt uns in die Schuhe: „Die Kommunisten halten Reformarbeit und Revolution für unvereinbare Gegensätze". Sonderbare „Kommunisten" müssen das sein mit dem gleichen platten Niveau des Herrn Franken. Reformen sind Brocken, die die Bourgeoisie dem Proletariat zuwirft, um es von der proletarischen Revolution abzuhalten und zu verwirren.

Damals, 1918, gab die von der Revolution bedrängte Bourgeoisie dem Proletariat die schwersten Brocken überhaupt: Nationalversammlung, Republik, Achtstundentag, Arbeitslosenversicherung, höhere Löhne usw. Damals — 14 Jahre jünger — stand Herr Franken als „feuriger Revolutionär" gegen die „verfluchten Reformisten" und wußte doch durch seine Erfahrungen, daß „Reformen" zwar nicht „im Gegensatz zur Revolution stehen", aber doch Errungenschaften der Kämpfe des Proletariats waren. Die Bourgeoisie übertrug den „Reformisten" die Rolle der Bändiger der revolutionären Kräfte

„Volksblatt" beschimpft die Torgauer Streikenden

Was es mit dem Einheitsfrontgeschrei der SPD in Wirklichkeit auf sich hat, kann man im gestrigen „Volksblatt" nachlesen. In ihm wird die Tatsache des gemeinsamen Kampfes der unteren Belegschaft lächerlich gemacht und als „Einheitsfront" zwischen Nazis und Kozis" hingestellt. Diese reformistischen Verräter der proletarischen Einheitsfront bringen es sogar fertig, die gestern von uns geschilderte Verratsaktion der Gewerkschaftsbonzen, ihr Verhandeln mit der Direktion hinter dem Rücken der Streikenden als etwas besonders Wünschenswertes für die Arbeiterschaft hinzustellen und die KPD, die den Streik führt, als „Bettelorganisation" hinzustellen. So weit ist diese sozialdemokratischen Schreiberlinge bereits gesunken, daß sie die prachtvolle Streiksolidarität verächtlich machen.

An den Pranger mit den Saboteuren des Kampfes!

(Arbeiterkorrespondenz)

Während den Gewerkschaftsbürokraten in der Torgauer Steinzeugfabrik die Streikbruchaktion zunächst mißglückt ist, haben sie in der Hannoverschen Steingutfabrik mit einer Hilfsaktion in Papen mehr Glück gehabt. Dort wurde mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie ein 25prozentiger Lohnabbau durchgeführt. Der Gewerkschaftsbürokrat Eich wurde mit seinem Bruder, der als Betriebsratsmitglied eine feste Stütze des Unternehmers darstellt, schlug vor, als Ausgleich für den Lohnausfall einige Stunden in der Woche länger zu arbeiten. Das ist auch tatsächlich geschehen. Natürlich wird der Unternehmer nicht lange warten, bis er mit dem weiteren Lohnabbau kommt.

Der Torgauer Streik hat nun wie eine Bombe eingeschlagen. Jetzt hat die Belegschaft die verbrecherische Rolle der Gewerkschaftsbürokratie erkannt. Noch ist es nicht zu spät, noch können die Steingutproleten nachholen, was sie versäumten, indem sie aktive Solidarität mit Torgau und Wiedererkämpfung ihres abgebauten Lohnes unter selbstgewählter Leitung erkämpfen.

Wieder gerichtliches Streikverbot!

In Erfurt streikt die Belegschaft der Metallfirma Stübgen gegen ein Lohnabbau-Diktat. Jetzt hat auf Antrag der Firma das Erfurter Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung erlassen, in der es heißt:

„Es wird dem Antraggegner (DMV) aufgegeben, bei Vermeidung einer Strafe (Geld oder Haft) den Streik nicht weiter zu unterstützen. Nach § 938 der ZPO kann ein Gebot wie ein Verbot erlassen werden."

Solidarität für Torgau!

Rote Konsumvereine unterstützen den Streik

(Eig. Meldung.) Wittenberg, 11. Oktober.

Die Konsumgenossenschaft Wittenberg beschloß, ihre Funktionäre, als erste Rate den Torgauer Streikenden 400 Brote zur Unterstützung ihres Kampfes zu spenden. Des weiteren beschlossen die Funktionäre, 400 Brote und Kartoffeln für die streikenden Pflichtarbeiter Jahnas und die zu erwartenden Streiks in Jahna und Torgau.

Schafft Munition für den roten Freiheitskampf

Stärkt den Kampffonds der Kommunistischen Partei — Sammellisten und -marken in Betrieb und Kontor, in Arbeiterquartier und Stempelstelle und auf das Land!

Wieder werden Millionen Mark von den bürgerlichen Parteien, von der SPD bis zu den Nazis, zum erneuten Massenbetrug, zur Irreführung der Werktätigen in diesem Wahlkampf aufgewandt. Die Bourgeoisie gibt die ungeheuerlichen Geldmittel nicht umsonst, weiß sie doch, daß diese Parteien sich voll und ganz für die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeutung einsetzen.

An die finanzielle Kraft der einzigen Arbeiterpartei, der KPD sind in den letzten Monaten die größten Anforderungen gestellt worden. Gegen die Presse der Unternehmer, gegen die Millionen Wahlgelder der Parteien des Volksbetruges setzen wir jedoch die proletarische Opferbereitschaft aller derer, denen das heutige System nur Hunger, Not und Verzweiflung bringt, aller derer, die kampfbereit für den Sozialismus und für die Freiheit einstehen.

Im Zeichen der Einheitsfrontaktion kämpfen die werktätigen Massen gegen die Papen-Notverordnungen, wächst die Streikwelle gegen den notverordneten Lohnabbau, wenden sich immer breitere Massen von den Parteien des Volksbetruges ab und stoßen zur Kommunistischen Partei.

Wir appellieren an alle Werktätigen:

Setzt gegen das Gold der Unternehmer und ihrer Lakaien die Millionen Pfennige und Groschen der Werktätigen in Fabrik, Verband und Stempelstelle! Kleingewerbetreibende! Mittelbauern! Seid alle solidarisch und opferbereit! Der Kampf der Arbeiterklasse ist euer Kampf!

Stärkt den Kampffonds der Kommunistischen Partei!

Jeder Pfennig ein Helfer im Kampf gegen Hunger und Papendiktatur! Jeder Pfennig hilft, den Befreiungskampf der Werktätigen organisieren!

Werktätige! Reiht euch ein in die Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger- und Papen-Diktatur! Gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsabbau, gegen jede weitere Verschlechterung eurer Lebensbedingungen!

Für seine Partei gibt jeder, wirbt jeder und sammelt jeder!

Sammellisten und Marken für den Kampffonds der Einheitsfrontaktion in jedem Betrieb, jedes Kontor, jede Stempelstelle, jeden Verband und auf das Land!

Her zu uns! Im Kampf für die Arbeiter- und Bauernrepublik!

Wählt Kommunisten, Liste 3!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0001

und Noske, der derzeitige Freund Frankens, besorgte das gründlich.

Aber jetzt folgt eine gar liebliche Frage:

„Welcher positiven Leistungen können sich denn die Kommunisten rühmen? Nichts haben sie geschaffen!"

Vielleicht verratet uns Franken erst mal, was sie geschaffen haben. Aus Ebert wurde Hindenburg. Aus der Demokratie wurde Faschismus. Aus einer halben Million wurden 8 Millionen Erwerbslose. Aus einem Hungerlohn wurde ein Kulialmosen. Gewiß, groß sind die Leistungen der SPD in bezug auf Regierungskünste. Franken soll nicht sagen, sie hätten nicht die Macht gehabt. Heute erleben wir es, welche Machtfülle der Reichspräsident im „Rahmen der Verfassung" hat. Er kann sogar regieren lassen gegen den Willen von 95 Prozent der Volksvertretung.

Was wir an positiven Leistungen haben? In Deutschland immerhin den revolutionären Klassenkampf, den wir dem Proletariat gerettet haben und damit sein Leben und seine Existenz. Nur er allein bewahrt uns vor weiterem Elend, nur er allein hält Hitler in Schach und wird ihn vernichten und mit ihm auch das kapitalistische System.

Und die Sowjetunion? Sie ist nicht das Werk von Sozialdemokraten, sondern von Kommunisten.

Allerdings, mit den grandiosen Leistungen des Klassenverrats der SPD können wir uns nicht messen.

Ach, und dann „fällt die kommunistische Agitation nur bei ungeschulten und entwurzelten Elementen auf fruchtbaren Boden". Die 5,9 Millionen kommunistische Wähler sind „ungeschulte, entwurzelte Elemente". Aber was sind denn in den Augen des Herrn Franken seine ehemaligen Parteifreunde:

Lindau, Bürgermeister von Wittenberge an der Elbe,
Lindemann, Bürgermeister von Senftenberg,
Sölling, Landgerichtspräsident in Berlin,
Dittmer, Stadtrat in Halberstadt,
Dr. Führer, Bürgermeister in Dresden,
Dr. Grützner, Regierungspräsident der Provinz Sachsen,
Werlich, Stadtrat in Gera,
Ibing, Bürgermeister in Bad Frankenhausen usw.?

Die sind heute bei den Nazis!

Zum Provokateur entwickelt sich Franken aber, wenn er schreibt:

„Die KPD nimmt jeden Schlag der... Faschisten hin, ob Zeitungsverbote, ob Haussuchungen, ob Verhaftungen, ob unerhörte Zuchthausstrafen — die Patentrevolutionäre antworten nur mit papierenen Protesten."

Dieser Schrittmacher der Faschisten, der zu Beginn des Artikels schreibt: „... darf es diesmal für uns keine Schonung der KPD geben" — wagt es das revolutionäre Proletariat in dieser provokatorischen Form noch zu verhöhnen, weil er weiß, daß wir ihm nicht auf demselben Wege antworten können!

Das werden wir ihm, Franken, nicht vergessen. Darauf kann er sich verlassen. In bekannter Frechheit schreibt er weiter:

„In manchen Städten eroberten die Kommunisten große und stolze Einrichtungen, die früher ein einiges Proletariat geschaffen. Trümmerhaufen sind daraus geworden."

Was mag dieser Skribifax nur meinen? Etwa den „Volkspart" Halle, etwa die großen Konsum-Vereine Halberstadt, Breslau, Dresden oder den AKV Halle? Die ersteren waren rein sozialdemokratisch geleitete Einrichtungen. Heute sind sie bankrott. Und der AKV Halle? Wurde er nicht durch die Schaumburg und Felixbrodt, die GEG und die Volksfürsorge in den Tod gehetzt? Wir haben nichts vergessen. Gut, daß wir daran erinnert werden.

„Und solch unfähigen Schwätzern soll die Führung anvertraut werden? Das wäre ein Verbrechen an der Arbeiterschaft."

In der Tat, eine Schande für das Proletariat wäre es, dieser klassenverräterischen Sozialdemokratie zu weiteres Elend und in die Barbarei zu folgen.

Eine Lüge von vielen wollen wir noch festhalten. Nämlich die, daß die Kommunisten Gegner des Volksbegehrens der Sozialdemokratie sind. Noch nie haben wir erklärt, daß wir gegen den Inhalt dieses Entwurfes sind. Aber es ist doch für jeden Proletarier klar, daß wir keine 4 Monate warten können, bis eine Regierung kommt, die sich nicht über juristische Zwirnsfäden der Verfassung hinwegsetzt und vielleicht ein durchgekommenes Volksbegehren auch durchführt. Die sozialdemokratischen Klassengenossen, die für dieses „Volksbegehren" die Trommel rühren, werden heute schon von der Bourgeoisie verhöhnt, denn die „DAZ" bemerkt richtig, daß „bis dahin durch die Praxis die Notverordnungsbestimmungen als Tatsache geschaffen worden sind."

Wenn Herr Franken noch meint, wir hätten mit den Unternehmern einen gemeinsamen Wunsch, die Gewerkschaften zu zertrümmern, so haben wir diese Lüge oben zurückgewiesen. Aber auch die Unternehmer wollen das gar nicht. Durch unsere Enthüllungen der „Führerbriefe" wurde die Arbeiteröffentlichkeit informiert, wie die Bourgeoisie über die SPD und den ADGB denkt. Beide sollen soziale Hauptstützen der Bourgeoisie bleiben, deshalb darf man nicht die Frage ihrer Vernichtung stellen. Sie seien immer noch der beste Wall zur Rettung der kapitalistischen Profitwirtschaft!

„Da zudem die sozialdemokratische Ummünzung der Revolution in Sozialpolitik zusammenfiel mit der Verlegung des Kampfes aus den Betrieben und von der Straße in das Parlament, die Ministerien und die Kanzleien, d. h. mit der Verwandlung des Kampfes „von unten" in die Sicherung „von oben", waren fortan Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie, mithin auch der gesamte von ihnen geführte Teil der Arbeiterschaft mit Haut und Haaren an den bürgerlichen Staat und ihre Machtbeteiligung an ihm gekettet, und zwar solange, als erstens auch nur noch das geringste von jenen Errungenschaften auf diesem Wege zu verteidigen übrig bleibt und als zweitens die Arbeiterschaft ihrer Führung folgt."

Sozialdemokratische Klassengenossen! So steht es um den Herrn Franken, der auszieht Arbeiter für den Wahlkampf gegen die Kommunisten zu gewinnen. Der Bourgeois Franken zog aus, „Marxisten zu töten" — ein elender kleinbürgerlicher Politikus blieb übrig.

Wollt auch ihr, SPD-Arbeiter, euren alten Lehrmeister Marx verleugnen? Wir können es nicht annehmen! Hier unsere Hand! Dreingeschlagen! Ein Feind, ein Kampf, eine Front!

So werden wir Marxisten siegen über Kapitalismus und Faschismus. Im Betrieb, auf der Stempelstelle, in den Mietskasernen, im Parlament. Unsere gemeinsame Fahne ist rot. Sie muß auch das Klassensymbol tragen:

Sichel und Hammer!

Die Wirtschaftspartei hat beschlossen, im kommenden Reichstagswahlkampf als selbständige Partei vorzugehen. Sie wollen eben allein in Schönheit sterben, die bürgerlichen Parteien.

Nach einem nationalsozialistisch-deutschnationalen Briefwechsel ist Goebbels eingeladen worden, in Berlin in einer deutschnationalen Versammlung zu sprechen. Das kann ja eine schöne Holzerei werden.

Lohnabbau-Angriff in der Papierfab[rik] Cröllwitz abgeschlagen

Durch Streikmobilisierung erreicht — Gewerkschaftsbonze flieht aus Belegschaftsversam[mlung]

(Eig. Meldung.) Halle, 11. Oktober.

Die Werkleitung der Papierfabrik Halle-Cröllwitz hat, wie durch Vertrauensleute mitgeteilt wird, „vorläufig" Abstand genommen von der geplanten Lohnsenkung in der Rohstoffabteilung. Bekanntlich sollten dort die Löhne von der 31. Arbeitsstunde an um 50 Prozent gesenkt werden. 96 Arbeiter wären davon betroffen worden. Die Haltung der Werkleitung ist darauf zurückzuführen, daß in einer Belegschaftsversammlung im Betriebe eine einmütige Streikbereitschaft vorhanden war und eine starke Erregung gegen den Gewerkschaftsbürokraten Twachtmann, Halle, der eine offizielle Streikabstimmung verhinderte.

Gewerkschaftskollegen gerieten so in Wut, daß ein Kollege, der zwölf Jahre im Fabrikarbeiterverband organisiert ist, erklärte:

„Dafür, daß ihr jeden Kampf verhindert, haben wir wohl zwölf Jahre lang unsere Beiträge bezahlt?"

Außerordentlich erregt waren auch die unorganisierten Kollegen, denen Twachtmann vorwarf, daß man ihretwegen nicht kämpfen könne. Die unorganisierten Kollegen betonten ihre Kampfbereitschaft und nannten Twachtmann einen Verleumder. Der Gewerkschaftsbürokrat flüchtete förmlich aus der Versammlung.

Durch die Kampfbereitschaft der Papierproleten ist jetzt der Lohnabbau abgewehrt worden. Jetzt heißt es jeden Tag und jede Stunde auf der Hut sein, damit nicht Ueberrumpelungsmanöver der Werkleitung mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie glücken.

In der „Königsmühle" neuer Vorstoß

(Arbeiterkorrespondenz)

Die Werkleitung der Papierfabrik Dietrich (Königsmühle), Merseburg plant nunmehr einen zweiten Lohnabbauvorstoß für Montag, den 17. Oktober. Der erste Lohnabbauvorstoß mißglückte infolge der Kampfbereitschaft der Merseburger Papierproleten. Jetzt hilft der Gewerkschaftsbürokrat Fischer-Merseburg ganz offen der Werkleitung. Fischer hat dem bestehenden Kampfausschuß erklärt: „Wir können uns in Merseburg totlachen in Weißenfels mit Hochdruck fabriziert wird." E[s], also die Weißenfelser Papierproleten die Merseburger aus.

Fischer erklärte weiter: „Wenn man mit den Zo[illegible] keinen Lohnabbau durchzuführen, mit denen er prin[illegible] verstanden sei, nicht durchkomme, müsse man bei den [illegible]lungen erreichen, daß Merseburg in der Klasse 1a [illegible] daß der Lohn nicht unter 55 Pfennig pro [illegible] gesenkt wird. (Jetzt beträgt der Lohn 58 Pfen[illegible] Stunde.)

Fischer ist also mit einem Lohnabbau einverstan[illegible] wenn er „nur" 3 Pfennige beträgt.

Proleten der „Königsmühle", immer klarer erken[illegible] Rolle der Gewerkschaftsführer, die der Werksleitung [illegible] der Papen-Regierung helfen. Es muß bei eurer alten [illegible] bleiben: Nicht einen Pfennig Lohnabbau! [illegible]fiert den letzten Mann zum Kampf!

Siegreich beendet!

(Eig. Meldung.) Dürrenberg, 11.

Die Dürrenberger Pflichtarbeiter haben [illegible] vollen Streiksieg errungen. Dem Gemeindevorst[illegible] Kürzung des Zuschlages von 25 Pf. pro Stunde nicht ge[illegible] wie vor muß dieser Zuschlag gezahlt werden. Ein Erfolg [illegible]tarischen Kampfeinheit!

Neuer Pflichtarbeiterstreik in Dobi[illegible]

(Eig. Meldung.) Dobien, 11.

Die Pflichtarbeiter sind hier in den Streik getre[illegible] Forderungen:

Zahlung eines Stundenlohnes von 60 Pfennig (je[illegible] 45 Pfennig gezahlt), Anschaffung eines Ofens für die [illegible]bude und Anschaffung eines Verbandskastens auf de[illegible]

Die Kampfstimmung ist ausgezeichnet. Streik[illegible] gibt es nicht!

Papen-Regierung will Unterstützung[illegible] nicht erhöhen!

Die Ankündigungen der Hugenberg-Presse waren nur Wahlspeck — Wir fordern so[illegible] Erhöhung der Unterstützungen! — Her mit Kartoffeln und Fleisch!

Die verschiedenen Hugenberg-Organe haben in den letzten Tagen geflissentlich die Nachricht verbreitet, daß die Papen-Regierung beabsichtige, den Sozialabbau und die Rentenkürzungen der Juni-Notverordnung aufzuheben oder zu mildern. Noch am Freitag wurden, wie wir bereits meldeten, Nachrichten verbreitet, daß sich eine Kabinettssitzung mit diesen Fragen beschäftigen werde.

Nun veröffentlicht die Telegraphen-Agentur folgende neue Erklärung, in der es heißt:

„Von zuständiger Stelle wird der TU erklärt, daß die Pressemeldung, vom Kabinett sei die Aufhebung der Kürzung der Sozial- und Invalidenrenten beabsichtigt, falsch sei. Eine solche Aufhebung würde eine erhebliche Mehrbelastung des Reichshaushaltes bedeuten."

Es war also nichts als sogenannter „Wahlspeck", was die Hugenberg-Presse aufgetischt hat. Mit gesteigerter Erbitterung werden die Arbeitslosen, die Notleidenden zur Kenntnis nehmen, daß die Papen-Regierung nicht einmal die Unterstützungskürzungen der Notverordnung rückgängig machen will.

Es ist notwendig, den Kampf für die brennenden Forderungen der Arbeitslosen, der Kranken, Arbeitsfähigen und Arbeitsinvaliden zu verstärken. Sie fordern höhere Unterstützung, Zuweisung von Kartoffeln, Fleisch und Kohlen, Mietsfreiheit, Kleidungsstücke usw., sie fordern Arbeitsmöglichkeit und Brot!

Die Kommunistische Partei zeigt den Arbeitslosen und Notleidenden den Weg: Einheitsfrontaktion!

Stahlhelm-Bekenntnis Papens

Bei einer Filmveranstaltung des Berliner „Stahlhelm" hielt der Reichskanzler von Papen am Schluß der Kundge[illegible] kurze Ansprache, in der er erklärte:

„Dreizehn Jahre lang hat der Stahlhelm für die E[illegible] des neuen Reiches gekämpft. Der Stahlhelm soll nic[illegible] gekämpft haben."

Wofür der Stahlhelm kämpft, weiß jeder Arbe[illegible] Organisation von Weißgardisten kämpft [illegible] faschistische Diktatur, für Aufrüstung, für Arbeits[illegible] für Lohnabbau, für Aufhebung der gesamten [illegible] gebung. Das eindeutige Bekenntnis Papens zum Stah[illegible] zeichnet die politische Linie der Papen-Schleicher-Regi[illegible]

Papens Stahlhelmbekenntnis ist eine Kampfansa[illegible] deutsche Arbeiterklasse und wird bestimmt dazu bei[illegible] einheitliche Kampffront aller Ausgebeuteten [illegible] der Papen-Schleicher-Regierung zu festigen.

Sagt es den SPD-Kollegen:

Die sozialdemokratischen Führer belügen die Massen, wenn sie ihnen vorreden, daß unter der Hermann-Müller-Regierung die Arbeiterschaft die höchsten Löhne besessen hat. Sie belügen die Arbeiterschaft, wenn sie in ihrer grenzenlosen Verlogenheit, den Massen ein Ziel aufzuzeigen, während des kommenden Wahlkampfes die Parole ausgeben: Zurück zu den „alten guten Zeiten" Hermann Müllers!

Zeigt den sozialdemokratischen Arbeitern, was Tatsache ist:

Nach den Angaben der „Finanzpolitischen Korrespondenz" haben sich unter der Hermann-Müller-Regierung die Löhne folgendermaßen „entwickelt": Im Durchschnitt betrug der Industriearbeiterwochenlohn im Jahre 1928 beim Beginn der sozialdemokratischen Hermann-Müller-Regierung 42.70 Mark pro Woche. Nach derselben Quelle im Frühjahr 1930, beim Ende der Hermann-Müller-Regierung, nur noch 39 Mark pro Woche. Die „Leistung" der Hermann-Müller-Regierung bestand also darin, daß die Durchschnittswochenlöhne um 9 Prozent gesenkt wurden.

Die sozialen Unterstützungen wurden unter der Regierung Hermann Müller folgendermaßen abgebaut:

Im Herbst 1928 60 000 Saisonarbeiter aus der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen. Im Herbst 1929 alle Jugendlichen von der Krise ausgeschlossen, die Unterstützungsdauer der Krise von 52 auf 39 Wochen gekürzt.

Hugenbergs Lokalanzeiger jubelte über Hermann Müller: „Das wird ihm nie vergessen werden." Was sollte ihm nicht vergessen werden? Die Bewilligung der Mittel für den Panzerkreuzer A!

Nicht vergessen, sozialdemokratische Arbeiter!

Krach auf dem Bezirksparteitag de[illegible] in Berlin

Auf dem Bezirksparteitag der SPD hielt Au[illegible] scheinradikales Referat gegen die Papen-Regierung. Ber[illegible] war folgender Satz:

„Scheitert Papen, so werden wir entscheidend ein[illegible] müssen."

Es gab sehr starke Opposition. Die Kandidat[illegible] Reichstage wurde gegen eine starke Minderh[illegible] stellt.

So wird angekurbelt!

(Eisenbahner-Korrespondenz)

In recht fetten Zeilen kündet die bürgerliche Pre[illegible] die Reichsbahndirektion Halle in dieser Woche etwa 130[illegible] ter in der Bahnunterhaltung neu einste[illegible] Es wird in der Oeffentlichkeit der Glaube erweckt, a[illegible] durch der Arbeitsmarkt entlastet worden wäre. Das [illegible] grobe Irreführung. Wie wir wiederholt im[illegible] kampf" mitgeteilt haben, sind im Direktionsbezirk Hal[illegible] kanntwerden der Papen-Pläne fortgesetzt Bahnunte[illegible] arbeiter entlassen worden.

Nach Angaben des freigewerkschaftlichen Verbandes [illegible] September allein 2700 Entlassungen vorgenommen [illegible]

Selbst wenn also 1300 Neueinstellungen, die übrig[illegible] die Dauer von zwei Monaten vorgesehen sind, erfolgen [illegible] noch nicht einmal die Hälfte, von jenen Massenentlas[illegible] in der letzten Zeit, wahrscheinlich auch zum Zwecke [illegible] belung der Wirtschaft", bei der Reichsbahn erfolgt sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0002

Auf den Knien vor den Versailler Mächten

Die deutsche Note zur Fünfmächtekonferenz

Die deutsche Note an die englische Regierung über die Teil-[illegible] Deutschlands an der geplanten Fünfmächtekonferenz, von [illegible]sendung wir bereits in unserer Sonntag-Nummer be-[illegible], wird bezeichnenderweise in ihrem Wortlaut nicht veröffentlicht. Es werden nur einige Stellen aus der Note in die [illegible]lichkeit lanciert, die natürlich nicht im geringsten das Aus-[illegible] der deutschen Kapitulation wiederspiegeln. Nichtsdesto-[illegible] kommt die Tatsache der Kapitulation auch in diesen [illegible]ungen zum Ausdruck. Unsere Voraussagen, die wir am [illegible] an dieser Stelle gegeben haben, haben sich demnach restlos [illegible].

[illegible] ganz besonderer Bedeutung ist, daß die deutsche Note [illegible]lich anknüpft an die Lausanner Verhandlungen [illegible] mit schon deutlich zum Ausdruck bringt, daß die gegen-[illegible] Außenpolitik des deutschen Imperialismus eine Fort-[illegible]g der Lausanner Versklavungspolitik ist. [illegible]sche Regierung bezieht sich in ihrer Note ausdrücklich dar-[illegible] Frankreich und die übrigen imperialistischen Mächte [illegible]land in Lausanne Zusicherungen gemacht hätten, [illegible]Einlösung Deutschland jetzt fordere. Bekanntlich standen [illegible]Zusicherungen im engsten Zusammenhang mit den antisowjetischen Dreibundpaktplänen des Herrn von Papen. [illegible] Deutschland also heute militärische Gleichberechtigung ver-[illegible] unter der Voraussetzung, daß es seine Waffen unter dem [illegible] der Versailler Mächte gegen die Sowjetunion tragen will.

[illegible] übrigen stellt die deutsche Note eine völlige Unterwerfung unter die französischen Bedingungen dar. Nochmals [illegible] der Note betont, daß Deutschland gegen die Hinzuziehung [illegible] französischen Vasallenstaaten zu der geplanten Konferenz [illegible] einzuwenden habe. Das aber bedeutet, daß die Ueberwachung mit französischen Gendarmen von Versailles auf der [illegible]enz von vornherein gesichert ist. Auch mit der Verschiebung [illegible]nferenz, die ja bekanntlich auf französischen Druck hin erfolgt, erklärt sich die Papen-Regierung einverstanden. Die [illegible] Schleicher-Regierung wagt noch nicht einmal, an ihre [illegible]me die Bedingung zu knüpfen, daß nicht die bekannten [illegible]schen und englischen Noten zur Grundlage der Konferenz [illegible] werden. Lediglich in Form einer unverbindlichen [illegible]ung" wird darum gebeten, „vorbehaltlos" an die [illegible] der deutschen Forderungen heranzugehen.

[illegible] also ist das Ergebnis des außenpolitischen Vorstoßes des [illegible]n Imperialismus, der die Papen-Regierung im Lichte des [illegible]alen Betrügers" zeigen sollte. Restlose Kapitulation vor den Versailler Mächten, deren Führung sich [illegible]tische Imperialismus vollständig unterwirft. Das bedeutet [illegible]ch nicht, daß die Frage der Aufrüstung des deutschen Im-[illegible]mus nicht mehr steht, das zeigt vielmehr lediglich, daß [illegible] Aufrüstung nicht das geringste mit nationaler Be-[illegible] zu tunt hat.

[illegible]r betonten bereits am Freitag die Gründe, die den enge-[illegible] Imperialismus zur Betreibung der Konferenzpläne ver-[illegible]. Inzwischen haben sich eine Reihe von Tatsachen ereignet, [illegible]tlich zeigen, daß der französische Imperialismus fest ent-[illegible]t ist, jeden Angriff auf seine Vormachtstellung mit Ent-[illegible]heit abzuwehren. Die Verhandlungen, die der Führer [illegible]britischen Abrüstungsdelegation, Norman Davis, [illegible]französischen Außenministerium hatte, stellen eine klare Demon-[illegible] gegenüber den Plänen des englischen Imperialismus dar. [illegible] die französische Regierungspresse mit so auffallender Deut-[illegible] die „französisch-amerikanische Einigkeit" [illegible], so ist das als eine deutliche Warnung an England zu [illegible]ten, das nichts mehr zu fürchten hat, als eine Annäherung [illegible] Frankreich und Amerika.

[illegible] französische Imperialismus wird nicht zulassen, daß Eng-[illegible] aus der Verschärfung der deutsch-französischen Gegensätze [illegible] derartigen Nutzen zieht, daß es gelänge, die französische [illegible]chtstellung zurückzudrängen. Es kann heute schon gesagt [illegible], daß auf der geplanten Konferenz England unter dem [illegible] des französischen Imperialismus mit Frankreich gemeinsam [illegible] entschiedene Verteidigung des Versailler Systems ein-[illegible] wird.

Vor dem 15. Jahrestag des siegreichen Oktober

Größtes Wasserkraftwerk der Welt eröffnet

Gewaltiger Sieg an der sozialistischen Aufbaufront — „Höher die Fahne der Oktoberrevolution!"

Moskau, 10. Oktober. Gestern wurde das mächtigste Wasserkraftwerk der Welt, der Dnjeprostroi, eröffnet, nachdem bereits am 1. Mai die erste Turbine in Betrieb gesetzt worden war. Die gewaltige Bedeutung dieses Sieges an der sozialistischen Aufbaufront geht aus einem Brief der Arbeiter des Kraftwerkes an alle Werktätigen der Sowjetunion hervor, in dem es heißt:

„Das Kraftwerk am Dnjepr ist der Sprößling und die Verkörperung des Leninschen Elektrifizierungsplanes. Erst in die Arbeiter und die werktätigen Bauern die Fahne der proletarischen Revolution erhoben und die Gutsbesitzer und Kapitalisten verjagt hatten, wurde der Bau solcher Werke, wie die Wasserkraftstation am Dnjepr, möglich. Wir waren uns klar über die große Verantwortung, die die Partei und die Regierung uns Erbauern auferlegte, und wir haben dieses Vertrauen vollauf gerechtfertigt. Wir haben zwei Jahre früher, als die amerikanischen Pläne es vorsahen, und sechs Monate vor der in unseren Voranschlägen festgesetzten Zeit das Kraftwerk erbaut und begonnen, Kraftstrom zu liefern."

Diese großen Erfolge beim Bau des großartigsten Wasserkraftwerkes der Welt verdanken wir in erster Linie der Führung unserer ehernen, unerschütterlichen Leninschen Partei, geleitet von ihrem ZK. mit dem Genossen Stalin an der Spitze, und dem ZK. der KP. der Ukraine. Der große Sieg am Dnjepr ist einer der schlagendsten Beweise für die Richtigkeit der Generallinie der Partei und die Richtigkeit des von ihr eingeschlagenen bolschewistischen Tempos der Industrialisierung unseres Landes. Das Kraftwerk am Dnjepr ist Sinnbild und Verkörperung dieses bolschewistischen Tempos. Mit dem Sieg am Dnjepr wurde den Opportunisten und Schwarzsehern ein weiterer vernichtender Schlag versetzt.

Wir unterstützen aus ganzem Herzen den Appell des Vortrupps des Sowjetproletariats — der Leningrader Arbeiterschaft — an die Kumpel des Donezbeckens und die Hüttenarbeiter im Süden und im Ural, an die Eisenbahner, an die Kollektivwirtschafter und -wirtschafterinnen, an die Gewerkschafts-, Sowjet- und Genossenschaftsfunktionäre, am Vorabend des Jahrestages der ruhmreichen Oktoberrevolution eine neue Welle sozialistischer Wettbewerbe für den Kampf zur Ueberwindung der Schwierigkeiten und zur Erfüllung des Produktions- und Finanzplans auszulösen. Vorwärts, Kampfgenossen! Höher die Fahne der Oktoberrevolution!"

Japans Kriegsrüstung

Vergrößerung des Kriegsetats — Kriegslage in der Mandschurei verschärft

Tokio, 10. Oktober. Nachdem bereits am Freitag das japanische Marineministerium dem Kabinett eine Vorlage auf Erhöhung des Haushaltes für die Kriegsmarine von 200 auf 320 Millionen Yen hatte zugehen lassen, teilt nunmehr auch das japanische Kriegsministerium mit, daß der Heereshaushalt für das Jahr 1933 einen Betrag von 860 Millionen Yen beanspruche. Geradezu grotesk mutet in diesem Zusammenhang die Erklärung des Kriegsministers an, daß infolge der politischen Verhältnisse in der Mandschurei Japan verhindert sei, seine „Abrüstungsabsicht" zu verwirklichen.

Zu diesen neuen Kriegsrüstungsplänen passen sehr gut die kriegerischen Erklärungen der japanischen Regierung und ihrer mandschurischen Schattenregierung, die in diesen Tagen im Zusammenhang mit dem Litton-Bericht veröffentlicht wurden. So erklärte der japanische Sondergesandte (sprich: Gouverneur) für die Mandschurei, General Muto, daß Japan alle Maßnahmen zum Schutze der Sicherheit des „mandschurischen Reiches" treffen werde. Die japanische Regierung wird neue Truppen nach Tschangtschun werfen. Auf Verlangen des japanischen Gouverneurs hat die mandschurische Schattenregierung eine Erklärung zum Litton-Bericht veröffentlicht, in welchem betont wird, daß die mandschurische „Regierung" den Litton-Bericht nicht annehmen könne, alle Versuche, die Mandschurei gewaltsam wieder unter die Herrschaft Nankings zu zwingen, würden abgewehrt werden.

hat die grauenhafte Hartherzigkeit im Falle Sacco und Vanzetti gezeigt.

Nochmals und lauter noch als früher: Die Negerjungen sind unschuldig! Das Proletariat der ganzen Welt weiß, sie sind unschuldig! Sie wurden verurteilt, weil sie schwarze Proletarier sind. Rassenhaß und Klassenhaß hat sie zum elektrischen Stuhl verdammt.

Die acht Negerjungen sind unschuldig! Das wissen die denkenden Intellektuellen. Sie haben aus allen Teilen der Welt gerufen: Die Neger sind unschuldig! Kein Spruch auch des höchsten bürgerlichen Gerichts kann ihnen das Gegenteil beweisen.

Die Negerjungen sind unschuldig! Die Mutter von zwei dieser Opfer — einer gewissenlosen brutalen Justiz — schrie es durch die Länder. Frau Ada Wright, heute die gequälteste Mutter auf Erden, ruft euch noch einmal zu: Meine Söhne und ihre Mitopfer sind unschuldig! Rettet meine Söhne und ihre Qualgenossen! Hört den Schrei aus diesen Kerkern! Fühlt die Not dieser mißhandelten Kinder! Versteht die Motive dieses ungesetzlichen Urteils! Arbeiter sollen gemordet werden! Gegen jedes Recht, gegen den Willen aller Arbeiter der Welt, gegen den Willen aller wahrhaft Geistigen! Ruft! Ruft nach Washington: Laßt die Neger frei! Oeffnet die Gitter, wenn ihr noch einen Blutstropfen Menschenwürde habt! Macht euch nicht schuldig an Unschuldigen!

Rettet die Opfer von Scottsboro!

In entscheidender Stunde:

Rettet die Opfer von Scottsboro!

Im Auftrage des Scottsboro-Komitees der Intellektuellen richtet Professor Alfons Goldschmidt folgenden flammenden Appell an die Geistesarbeiter und alle Werktätigen:

„In diesen Tagen wird das Schicksal von acht Negerjungen von Scottsboro entschieden. Der Prozeß ist an der letzten Instanz, dem Obersten Bundesgericht der Vereinigten Staaten von Amerika, angelangt. Bestätigt dieses Gericht den Todesspruch, so bleibt nur noch die Gnade. Wie wenig auf sie zu bauen ist,

Aufstand gegen den Krieg in Bolivien

London, 10. Oktober. Gemäß einer Meldung der Exchange Telegraph Compagnie aus Buenos Aires ist in der bolivianischen Hauptstadt La Paz ein Aufstand gegen die kriegführende Regierung ausgebrochen. Eine Bestätigung dieser Nachricht steht noch aus.

Der erste „mandschurische" Gesandte ist gestern in Tokio eingetroffen, wo er vom japanischen Außenminister empfangen wurde.

Chapowalow:

ILLEGAL

Ein alter Bolschewik erzählt aus seinem Leben

[illegible] 1932 by Mopr.-Verlag, Berlin (Internationale Memoiren, Band 4) [illegible] Olga Halpern.

Fortsetzung.

[illegible]erwältigt von allem, was ich sah, setzte ich den Weg in [illegible]genannte „Kalte Dorf" fort, das von Russen in der un-[illegible]ten, fieberverseuchten Gegend, an der Mündung der [illegible]flüsse Barzchan und Kintrisch aufgebaut worden war. Die [illegible] Kaukasus ausgewanderten Russen waren gewöhnlich [illegible]wohner und siedelten sich infolge der Unkenntnis der dortigen [illegible]nisse in der Nähe von Flüssen an, wo sie massenhaft der [illegible] erlagen.

[illegible] dem Wege in das „Kalte Dorf" hörte ich die ganze Zeit [illegible]welche ganz ungewöhnliche Laute, die halb Vogelgesang, [illegible] Froschgequake glichen und die aus den Wasserleitungs-[illegible] herausklangen. Zu meinem größten Erstaunen waren [illegible]lich die sogenannten „kaukasischen" Frösche, die diese Laute [illegible] gaben. Ich ging am Ufer des Meeres, an den Fabriken [illegible]Mantaschow und Nobel vorbei und erreichte endlich die Fa-[illegible] Rothschilds.

[illegible]e der Fabrik fiel ein dreistöckiges, sauberes, freundlich aus-[illegible] Haus auf, in dem die Angestellten wohnten. Hier wohnte [illegible]einer der Vertreter der Fabriksadministration, der Verwalter [illegible]lagers, Genosse G. Er stammte von Kuban-Kosaken, war [illegible]kteurelle und für Teilnahme an der Narodnikibewegung in [illegible] ganz entlegene Stadt Sibiriens, Obdorsk, die am Ufer des [illegible], verbannt. Wie bei den meisten Revolutionären waren [illegible] Jugend und die besten Jahre seines Lebens in diesem [illegible] Städtchen in der Nähe der sibirischen Tundra vergangen. [illegible] heiratete er auch die Schwester des Genossen Rossilakows. [illegible] nahm warmen Anteil an meinem Schicksal und schlug mir [illegible] vor, mich bei ihm einzuquartieren, bis ich Arbeit und Woh-[illegible]nde. In seiner Wohnung, mit der für den Kaukasus un-[illegible]lichen Terrasse, von der sich ein herrlicher Ausblick auf das Meer eröffnete, wo man zu Mittag aß, Tee trank und überhaupt einen großen Teil des Tages verbrachte, lernte ich den kaukasischen Marxisten, den grusinischen Genossen Tuschkija kennen.

G., der sich für einen Narodniki-Terroristen ausgab, war ein Mensch mit den Eigenschaften eines russischen großen Herrn, denen eine gewisse Doßs Selbstherrlichkeit beigemengt war. Letztere zeigte sich besonders in der Art, wie er die Arbeiter des von ihm verwalteten Holzlagers behandelte. Da seine Arbeiter in der Mehrzahl Türken waren, hatte er türkisch gelernt. G. liebte es, wenn er ein wenig angeheitert war, mit seinem Talent zu renommieren, die Arbeiter auch mit einfachen Mitteln in der Hand zu haben. Er stellte dies der Art des deutschen Verwalters einer mechanischen Werkstatt, eines gewissen Stubner gegenüber, dessen Raffinement in der Ausbeutung nach westeuropäischem Muster, mit den widernatürlichsten Lastern der kaukasischen Bourgeoisie gepaart war.

„Ich habe es nicht gern, den Arbeitern Geldstrafen aufzuhalsen," sagte er, „ich bin nicht der Stubner. Er straft seine grusinischen Arbeiter für die kleinste Dummheit so, daß fast ein Viertel ihres Monatsverdienstes allein für diese Strafen aufgeht. Warum muß man den Arbeitern so ein Unrecht antun? Sie bekommen ohnehin wenig genug. Ich mache es ganz anders. Stellt ein Türke irgend etwas an, dann erwisch' ich ihn beim Rauchen. Die Türken sind ein gutes Volk, ehrlich und nüchtern, aber sie rauchen entsetzlich viel. Bei uns, in unserem Holzlager ist aber das Rauchen streng verboten. Ertappe ich einen dabei, so lasse ich ihn zu mir kommen und sage ihm in seiner Sprache: ‚Was hast du angestellt, du Schweinekerl?' Dann hau ich ihm eins ins Gesicht, in die Zähne, geb ihm eine Ohrfeige und noch eine. ‚Mach, daß du weiterkommst', sage ich ihm. ‚Das darf nie mehr passieren!' Mit dieser Behandlung sind sie aber sehr zufrieden. Gewöhnlich bedanken sie sich noch bei mir in gebrochenem Russisch. ‚Danke dir, Pascha, daß du mir kein Geld abziehst', sagen sie. ‚Ich war dumm. Daß du mir eins in die Fresse gibst ist richtig! Du hast mich zwar geprügelt, hast aber Mitleid mit mir Armen, hast mich nicht aus der Arbeit gejagt und hast das Geld in meiner Tasche gelassen. Allah ist gerecht und du bist gerecht. Ich danke dir vielmals, Pascha'."

„Das ist doch Tyrannei! So handeln nur Leibeigenen- Plantagen- und Sklavenbesitzer, und du nennst dich voller Stolz einen Narodniki", sagte ihm seine Frau, die mit den Sozialdemokraten sympathisierte.

„Das sind alles nur Worte", antwortete G., der inzwischen immer betrunkener geworden war. „Was soll ich denn eigentlich anfangen, unser Direktor hält sich zwar für einen Liberalen, gab aber einen Befehl: ‚die Arbeiter sind kurz zu halten, man darf ihnen nichts durchgehen lassen, man muß ihnen Geldstrafen auferlegen oder sie entlassen.' Laß ich sie aber Strafe zahlen, oder jage ich sie von der Fabrik fort, so erschießen sie mich, wenn sie mich irgendwo in den Bergen erwischen. Ich schicke sie nicht fort, ich strafe sie nicht, bei mir herrscht Ordnung. Alles geht wie am Schnürchen. Sie haben mich sogar gern, da ich es nicht erlaube, sie zu beschwindeln, wie man es gewöhnlich bei der Abrechnung in den Fabriken tut, zum Beispiel bei Stubner. Bei mir bekommen sie für ihre Arbeit bezahlt. Daß ich ein Narodniki bin, das stimmt. Mein Herz blutet für das geknechtete Volk."

Bei den letzten Worten weinte er sogar in seiner Trunkenheit, Tränen tropften ihm aus den Augen, der Kopf hing ihm tief auf die Brust, und er begann einzuschlafen.

Da G. mit Stubner verzankt war, wendete sich einer der Bürobeamten G.s an Stubner mit der Bitte, mich in seine Fabrik aufzunehmen.

„Stubner darf aber nicht erfahren, daß Sie mich kennen, sonst geht alles zum Teufel. Er schmeißt Sie sofort heraus!"

Batum

An der Drehbank in der Fabrik

Nach fünfjähriger Unterbrechung war ich wieder in einer Fabrik. Sie war nicht wie in Petersburg aus dicken Ziegelwänden erbaut, sondern aus Eisenbalken und Spartenholz, die mit dünnem, verzinkten Weißblech bedeckt waren.

Kaum hatte ich die Schwelle überschritten, als ich mich sogleich in der Gewalt der Fabrik fühlte. Es war, als hörte ich auf, ich selbst, ein freier Mensch zu sein; es war, als sei ich ein lebendes, sprechendes Instrument. Die Fabrik beherrschte schon mein Leben, ohne nach meiner Einwilligung zu fragen. Ich stand mit dem Fabriksignal auf, ging zur Arbeit, aß Mittag auf das Signal. Ich hörte wieder, wie früher in Petersburg, das Dröhnen und Klirren der Maschinen, das Klopfen der Hämmer auf das Metall. Vor dem Mittagessen und abends wusch ich gemeinsam mit den anderen die Hände in einem kleinen Eimer, der mit unbeschreiblich schmutzigem Wasser gefüllt war. Die Hände vor dem Signal zu waschen, war verboten.

(Fortsetzung folgt)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0003

Braun-Mord!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 11. Oktober.

Gestern abend wurde im Nordosten ein Reichsbannermann hinterrücks von mehreren Nazibanditen überfallen, zu Boden geschlagen und mißhandelt.

In der Artilleriestraße wurde eine 43jährige Arbeiterfrau von etwa 10 Nazibanditen angepöbelt und als sie sich das verbat, zu Boden geschlagen. Als auf die Hilfeschreie der überfallenen Arbeiterin Passanten herbeieilten, nahmen die feigen Strolche Reißaus.

14 Nazis gegen einen SPD-Mann

Im Stadtteil Hammerbrook in Hamburg überfielen am Donnerstag abend 14 Nazis einen SPD-Funktionär. Der SPD-Mann wurde niedergeschlagen und so bestialisch bearbeitet, daß er das Bewußtsein verlor. Darauf wollte die feige Nazibande den Bewußtlosen über das Brückengeländer in den Kanal werfen. Erst das Hinzukommen von Passanten verhinderte den niederträchtigen Mord. Alle Nazibanditen konnten entkommen, da die Polizei des Sozialdemokraten Schönfelder viel zu spät erschien.

Der Staatsgerichtshof tagt!

Erster Verhandlungstag der Preußenklage

(Eig. Ber.) Leipzig, 11. Oktober.

Gestern begann vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich die große Verhandlung über die verfassungsmäßige Gültigkeit der Absetzung der Preußenregierung. Die sozialdemokratische Presse versucht, die jämmerliche Haltung der SPD im Zusammenhang mit den Vorgängen des 20. Juli in Berlin zu vertuschen und das zu erwartende Fiasko vor dem Staatsgerichtshof schon allmählich vorzubereiten. Das Ergebnis dieser Verhandlungen kann ja nur der Zusammenbruch von Illusionen sein, die die Reformisten bei den sozialdemokratischen Arbeitern und Anhängern erweckt haben.

Aus der gestrigen Verhandlung ist hervorzuheben, daß der Vertreter der preußischen Regierung, Dr. Brecht noch einmal ausdrücklich betonte, daß die alte preußische Regierung noch schärfer gegen die Kommunisten vorgegangen sei als die heutige kommissarische Regierung, und daß die Braun-Severing-Regierung niemals in ihrer taktischen Handlungsweise von der KPD beeinflußt worden sei.

Bemerkenswert ist ferner, daß der sozialdemokratische Rechtsvertreter Professor Heller erneut behauptete, daß Einigungsverhandlungen zwischen Hitler und von Papen stattgefunden hätten, deren Ergebnis die Aufhebung des SA- und SS-Verbotes und die Auflösung des Reichstages gewesen sei. Zum Beweise seiner Behauptung beantragt Heller die Ladung von Hitler, Papen und dem Herrenklub-Vorsitzenden von Gleichen.

Warum schweigen die Angeklagten?

An zwei Tagen hat die „Vossische Zeitung" jeweils auf einer ganzen Zeitungsseite über die Unterredung zwischen dem Naziführer Straßer und dem amerikanischen Journalisten Knickerbocker berichtet. Obwohl Straßer in diesen Unterredungen alle bisherigen Agitationsphrasen der Nazis zerfetzte, obwohl er erklärte, das Hitler-Programm sei „überaltert" und tauge nichts mehr, hat bisher keine Nazizeitung zu diesen Erklärungen Straßers Stellung genommen. Auch Straßer selbst hat sich mit keinem Wort zu den Enthüllungen Knickerbockers geäußert.

Dieses Schweigen ist das Eingeständnis für die Wahrheit der Mitteilungen Knickerbockers. Es bleibt also dabei: die Nazipartei ist gegen Planwirtschaft und für kapitalistische Ausbeutung. Die Nazipartei ist gegen Sozialismus und für das kapitalistische Privateigentum. Die Nazipartei ist für die Zahlung der Young-Lasten und privaten Tribute an ausländische Bankiers. Die Nazipartei erkennt die Hauptpunkte der Papenschen Notverordnungen als richtig an.

Daran gibt es nichts mehr zu rütteln. Schlagt diese Tatsachen den Papen-Nazis um die Ohren! Laßt die Papen-Nazis nicht aus der Zange! Vorwärts, Antifaschisten! Holt euch den letzten werktätigen Anhänger der Papen-Nazis in die Reihen der roten Einheitsfrontaktion!

Die Harzburger verprügeln sich ...

Eine Charlottenburger Versammlung der Deutschnationalen wurde erneut durch eine von Goebbels organisierten Terrorgruppe gestört. Etwa 50 Nazis wurden von Polizei und Saalschutz der Deutschnationalen gemeinsam aus dem Saal geworfen.

Neue Streiks im ganzen Reich

(Eig. Meldung.) Hamburg, 11. Oktober.

Die streikenden Arbeiter und Arbeiterinnen von Jute-Billstedt haben gestern beschlossen, den Kampf geschlossen weiter zu führen, sowie einen Solidaritätsappell an die Jute-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Harburg, zu denen eine Delegation der Streikenden entsandt wurde, zu richten.

Einen Sieg über den Unternehmer errang die Belegschaft der Firma Arno Reh, Färberei und Appretur-Anstalt in Hartmannsdorf bei Chemnitz. Die Firma hatte einen Lohnabbau von 20 Prozent angekündigt. In zwei Betriebsversammlungen nahm die Belegschaft zu diesem Lohnabbau Stellung und beschloß, den Streik gegen diese Maßnahme aufzunehmen. Angesichts dieses entschlossenen Kampfes zog die Firma den geplanten Lohnabbau zurück.

Im Tabakbetrieb Blase-AG in Lübbecke (Westf.) versuchte der Unternehmer, einen Lohnabbau von 8 Prozent durchzuführen. Auf Initiative der RGO beschloß die Belegschaft, dagegen in den Streik zu treten. Unter dem Druck des entschlossenen Kampfwillens der Arbeiter machte die Firma den Lohnabbau rückgängig.

In einem Schwesterbetrieb der Firma Blase in Bettelstädt sollten Entlassungen durchgeführt werden. Auch hier beschloß die Belegschaft, bei Entlassungen sofort in den Streik zu treten. Die Firma zog daraufhin die geplanten Entlassungen zurück.

Die Textilfirma Pürschel in Forst (Niederlausitz) kündigte für etwa 150 Arbeiter und Arbeiterinnen einen Lohnabbau von 50 Prozent von der 31.—40. Stunde an. Die Belegschaft beschloß, den Lohnabbau durch Streik abzuwehren. Daraufhin trat der Unternehmer den Rückzug an und zog das Lohnabbaudiktat zurück.

In Magdeburg gab die Baufirma Stieger durch Anschlag bekannt, daß sie auf Grund der Notverordnung die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabsetzen und außerdem einen Lohnabbau von 25 Prozent durchführen werde. Die Belegschaft der Baufirma Bankstraße beschloß daraufhin den Streik. Unter diesem Druck der Bauarbeiter zog der Unternehmer den Lohnabbau sofort zurück.

Arbeiterdelegierte nach der Sowjetuni

Zum 15. Jahrestag der Union sozialistischer Arbeiter- und Bauernrepublik

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Wir stehen vor dem 15. Jahrestag des Sieges der Oktoberrevolution über die zaristische Diktatur der blutigsten Unterdrückung und brutalsten Ausbeutung der Arbeiter und armen Bauern. Der 15. Jahrestag fällt zusammen mit der Vollendung des ersten Fünfjahrplans in vier Jahren, jenes Fünfjahrplans, den die Kapitalisten und ihre Soldschreiber zuerst verhöhnt und versucht haben und den sie heute als lebendiges Beispiel der proletarischen Durchführung des Sozialismus hassen und fürchten. Die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion rüsten jetzt unter Führung der Sowjets zur Durchführung des zweiten Fünfjahrplans, der Vollendung des Sozialismus.

Für uns deutsche Arbeiter und Angestellte, die wir im schärfsten Kampf mit einer sich ständig verschärfenden unerhörten kapitalistischen Ausbeutung und faschistischen Unterdrückung stehen, ist die klare Erkenntnis der Entwicklung in der Sowjetunion von größter Bedeutung. Viele in unseren Reihen haben sich noch nicht klar entschieden, manche sind verhetzt durch eine Schlammflut von Lügen, die die Gegner von der sozialdemokratischen Presse bis zu den Muckermanns und faschistischen Hetz- und Lügenaposteln verbreiten. Sie wollen verhindern, daß alle Arbeiter und Angestellten klar den Gegensatz der zwei Welten sehen.

Aus zwei Gründen: sie fürchten die aufsenrende Wirkung des sozialistischen Aufbaus und sie rüsten fieberhaft zum Krieg gegen die Sowjetunion.

Wir aber wollen und müssen die Wahrheit erkennen und verbreiten.

Die Arbeiterdelegation nach Sowjetrußland gibt den Arbeitern aller politischen Richtungen die Möglichkeit, durch von ihnen gewählte Delegierte die Verhältnisse in der Sowjetunion studieren und frei studieren zu lassen. Sendet Delegierte, damit sie euch die Wahrheit berichten. Der Ausschuß der Gewerkschaften der Sowjetunion will auch zum 15. Jahrestag Arbeiterdelegierte der Belegschaften Reihe von Großbetrieben einladen.

Nehmt in Betriebsversammlungen dazu Stellung, wählt Komitee zur Durchführung aller notwendigen Maßnahmen und teilt euch an uns. Wir werden euch jede Auskunft geben.

Zeichnet auf den Sammellisten, was ihr könnt. Schickt Betriebsgruppe des Bundes der Freunde der Sowjetunion.

Liest unsere Monatszeitschrift „Sowjetrußland heute" (10 Pf.)!

Helft mit, die Wahrheit über die Sowjetunion zu verbreiten den Lügnern das Handwerk zu legen!

Reiht euch ein in die Einheitsfront des Krieges gegen den Krieg!

Bund der Freunde der Sowjetunion, Reichsleitung
Berlin NW 7, Dorotheenstraße 77/78

Nicht am Fabriktor

sondern im Betrieb ist die Agitation am besten. Darum organisiert jede Zelle den Litvertrieb im Betrieb

„Kommentar überflüssig!"

Diese Worte setzt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung", die nach der Abwürgung des Kampfes der graphischen Hilfsarbeiter in Düsseldorf durch die Gewerkschaftsbürokratie nun wieder erscheint, unter eine Betrachtung über den Streik, durch den dieses Scharfmacherorgan fast eine Woche am Erscheinen verhindert wurde.

Die „Bergwerks-Zeitung" druckt vollständig die Stellungnahme unseres Düsseldorfer Bruderorgans, der „Freiheit", zu dem gemeinen Verrat und dem Streikbruch der reformistischen Bürokratie ab und fügt diesem Bericht nicht mehr Worte hinzu als die, welche wir oben in der Ueberschrift benutzten.

Für die Arbeiterschaft ist der der Kommentar bei den fortgesetzten Streikbruchaktionen der Reformisten allerdings nicht überflüssig. Sie werden dem Unternehmerpack, das heute noch höhnisch die kommunistische Festnagelung des reformistischen Verrats glossieren darf, bald einen Kommentar durch die Einheitsaktion des Proletariats liefern, den die Unternehmer nicht mehr mit zwei Worten abtun werden.

ADGB-Gewerkschaft dankt KPD und RGO

Am 4. Oktober wurde vom Ortsvorstand des Lederarbeiterverbandes Neu-Isenburg gegen eine einzige Stimme ein Beschluß gefaßt, der der KPD und RGO für die initiative Unterstützung des Kampfes der Belegschaft der Leder-Aktiengesellschaft Dank und Anerkennung ausspricht.

Der Kampf der Belegschaft der Leder-AG (Kaufmann) stand unter Führung der RGO und endete siegreich. Die Kampfführung war aber in engster Verbindung mit den Betriebsarbeitern jeder Organisationszugehörigkeit, insbesondere mit den freigewerkschaftlichen Arbeitern. Die unermüdliche oppositionelle Arbeit unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern hat nicht nur den glänzenden Kampferfolg gebracht, sondern auch dazu geführt, daß eine ADGB-Gewerkschaft die führende Rolle der KPD und RGO anerkannte und ihnen den Dank aussprach.

Dieses Beispiel zeigt, was erreicht werden kann, wenn die Arbeit unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern systematisch, zäh und mit innerer Begeisterung durchgeführt wird.

Hitler-Jugend gesetzlich geschützt

Der kommissarische preußische Kultusminister, Staatssekretär Lammers, hat an alle Schulverwaltungen einen Erlaß gerichtet, wonach die Zugehörigkeit zu einer Jugendorganisation der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei den Schulkindern in Preußen nicht verboten ist.

Die Hitler-Jugend wird also in Preußen gesetzlich geschützt.

Aber die Pionierbewegung wird zum Schritt und Tritt verfolgt und ist bereits an zahlreichen Orten verboten. Auch dieses Beispiel zeigt, wen die Papen-Bracht-Regierung in Preußen für staatsgefährlich hält und wen nicht. Die Papen-Nazis sind angesehene Leute, aber die revolutionären Arbeiterorganisationen werden unterdrückt. Zieht daraus die Lehre, alle drei Generationen der Arbeiterklasse gehören in die rote Einheitsfrontaktion!

Der Magistrat von Stettin hat beschlossen, 900 Prozent Bürgersteuer zu erheben, das höchste, was sich bisher eine Stadt geleistet hat. Ob die die Steuer einkriegen werden?

Theater, Konzerte, Vortr

Werbeveranstaltung im Stadttheater. Am kommenden Donnerstag Werbeveranstaltung Willickers Operette „Gasparone" unter der Leitung von Walter Trollbenier, in der Inszenierung von Paul den Bühnenbildern von Heinz Behrens in Szene. Es werden in führung mit: Maud Hefter als Carlotta, Marion Kaufmann als Heult als Bürgermeister Rosoni, Walter Kathammer als fein Bruno Riebler als Benozzo, Julius Lichtenberg als Fischer, als Luigi, Carl Momberg als der Fremde und Otto Tiedemann fascia. Ferner wirken mit Elisabeth Todera, Ruth Seyer, Rudi Hufschmidt, Rolf Kermann, Ralph Kordit, Karl Schwert, Einwohner von Trapani, Gendarmen, Karabinier, Schmuggler, Die Kostüme entwarf Peter Rohrer, die Perücken und Frisuren Kurt Langer. Es gelten zu dieser Werbeveranstaltung außerordentlich mäßige Preise. Die Eintrittskarten kosten 50 Pfennig bis 1.50 Vorverkauf hat heute begonnen.

„Liselott" im Stadttheater. Am kommenden Sonntag geht das neues Operette „Liselott" als Erstaufführung in Szene. Dirigent Trollbenier. Inszenierung: Paul Hertl. Bühnenbild: Heinz Beh Titelpartie „Liselott von der Pfalz" singt Maud Hefter. — Am am Donnerstag Mittfriedenen Werbeaufführung von Willickers sind noch Karten in der Preislage von 50 Pfennig bis 1.50 Theaterkasse zu haben.

Das Stadttheater wird auch in der laufenden Spielzeit 4 Sinfo zu kleinen Preisen veranstalten. Das erste Konzert findet am statt. Dirigent: Johannes Schüler. Als Solist wurde der bekan Professor Eduard Erdmann, Köln, gewonnen.

Wie wird das Wetter

Mittwoch: Schwache südliche bis südöstliche Winde, heiter, aber diesig, morgens auch vielfach neblig, mild.

Donnerstag: Zunächst noch Fortdauer der heiteren Witterung, später Uebergang zu einer Westwetterlage.

Pegelstand der Saale			Pegelstand der		
Trotha	144	unveränd.	Torgau	— 28	
Bernburg	48	unveränd.	Wittenberg	98	
Calbe (oberh.)	131	Fall 14	Roßlau	28	
Calbe (unterh.)	—16	Fall 14			

Walhalla
Täglich 8 Uhr
Anneliese von Dessau
Mittwoch 4 Uhr
Frau Holle
mit kl. Erika Graf

Stadt-Theater
Heute, Dienstag 20 bis 23 Uhr
Zar u. Zimmermann
Komische Oper von A. Lortzing
Mittwoch 20 bis geg. 22½ Uhr
Der fliegende Holländer
Rom. Oper von R. Wagner

Gasthof Sautz
Max Huth, Ba
Friedrich-Ebert-Straße 8
empfiehlt zur Herbstpflanz
bäume in jeder Form
Sorten. Rosen-Büsche
Ziersträucher, Nadelbäume

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zei

Bilanz am 30. Juni 1932

Aktiven:		Per eigene Mittel	
An Betriebswerten	326 649.85 RM	Per Grundkapital	
An Grundstückswerten	643 614.— „	Per Verpflichtungen	
An angelegte und flüssige Werte	200 068.50 „		
An Forderungen	2 856.43 „		
	1 182 191.78 RM		1 18

Mitgliederbewegung:

Bestand am 1. Juli 1931		4548 Mitglie
Zugang im Geschäftsjahr 1931/32		130 Mitglie
		4678 Mitglie
Abgang: Freiwillig	294 Mitglieder	
durch Verzug	24 Mitglieder	
durch Tod	47 Mitglieder	275 Mitglie
Bestand am 30. Juni 1932		4403 Mitglie

Das Geschäftsguthaben betrug: Die Haftsumme betrug
am 1. Juli 1931 . . . 86 678.37 RM am 1. Juli 1931 . . .
am 30. Juni 1932 . . . 90 504.26 „ am 30. Juni 1932 . . .
mithin mehr 3 825.89 RM mithin mehr

Konsum- und Produktiv-Verein zu Zeitz, e. G. m. b. H.
Otto Krause Emil Hartmann Alfred Bat

Herren-, Damen-, Knaben-
Mäntel
Joppen,
Anzüge,
Schuhwaren
aller Art
zu billigsten Preisen
Max Gandes
Zeitz
Donalesstr. 1
a. d. Auebrücke
Prima Fleisch- u. Wurstwaren
Otto Berndt
Gröbern

Ich habe mich als
Facharzt f. innere Krankh
(einschl. Nervenkrankheiten)
Magdeburger Str. 8 (Nähe Riebeckpl.) nieder
Dr. med. H. Seel
Zugelassen zu allen kaufmänni
Ersatz-Krankenkassen! Fernsprech
Sprechstunde: 8-12 u. 4½-6½ Uhr, außer Sonnta

Plötzlich und unerwartet verstarb am 8. Oktober durch Schlaganfall mein lieber Mann, unser Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel Zimmermann
Franz Dol
im 66. Lebensjahre.
Im tiefen Schmerz die trauernden Hinterbl
Amalie Doll geb. Portitz
Gustav Doll
Hugo Knabe
Klara Knabe
Leo Tschopp
Else Tschopp
nebst Enkelk
Halle, 9. Oktober 1932.
Die Einäscherung findet Donnerstag 3 Uhr
traudenfriedhof statt.

Anodenbatterien . . . . . 3.50 Akkumulator ca. 48 Betriebsstunden 4.75
Akkulader zum Selbstladen des Akkus 10.00 Säureprüfer . . . . . 1.35 • Fahrrad-Möller

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0004

Arbeiterkorrespondenten berichten:

Wittenberg-Piesteritz für die Liste 3!

Der Tageskampf gegen die Chemiegewaltigen ist der beste Wahlkampf — Die Aktionen gegen Hunger und Lohnabbau finden ihren Ausdruck in Kampferfolgen und im Kampfgelöbnis der Chemieproleten am 6. November für die Liste der Kommunisten!

Gerüstet!

A.-K. Im Stickstoffwerk Piesteritz wurden im Laufe der letzten Wochen zahlreiche Neueinstellungen von Arbeitern vorgenommen. In der vorigen Woche wurde im Werk bekannt, daß die Werkleitung mit Beginn der neuen Lohnperiode am Montag, dem 3. Oktober, mit dem Aushang herauskommen und die Löhne auf Grund der Notverordnung entsprechend herabsetzen würde. In allen Abteilungen setzte sofort die Gegenarbeit der RGO ein, die von den revolutionären Arbeitern tatkräftig unterstützt wurde. Vorerst waren alle Vorbereitungen getroffen, und es gab nur eine Stimmung im Werk, ganz gleich, ob ein Kollege organisiert war oder nicht, ob Nazis, SPD. oder KPD-Prolet:

Sobald der Aushang rauskommt, geht der Streik los!

Am Montag stürzte alles in den Abteilungen nach den Anschlagstafeln. Nichts! Am Dienstag dasselbe — nichts! Am

Überall den „Klassenkampf"

In jedem Betrieb, jeder Abteilung der Chemiefabriken, in jeder Wohnung der Chemieproleten, das muß unsere Losung für die Werbung neuer Kämpfer sein!

„Uralski Rabotschi" — wir kämpfen weiter!

Noch, am Donnerstag — nichts! Und von Tag zu Tag hoben Stickstoffproleten stolzer den Kopf und vor den Anschlagtafeln lachen sie im Bewußtsein ihrer Stärke.

Die Werkleitung weicht vor unserer Geschlossenheit zurück!

Sie trauen sich mit dem Aushang nicht heraus!

Und mit dem Kraftbewußtsein steigt der Wille zum Kampfe bei den Proleten, ganz gleich, wo sie bisher gestanden haben. Die in der SPD organisierten oder mit ihr sympathisierenden Kollegen vom Stickstoff Piesteritz reihen sich fest ein in die Kampffront. Sie kamen am Mittwoch im Karbidofenhaus SPD-Proleten zu RGO-Funktionären und erklärten ihnen:

Ihr müßt den Kampf weiterführen. Wir sind dabei!

Wir erwarten von anderer Seite nichts mehr!

Ähnlich steht es mit den Nazisproleten. Jahrelang haben maßgebende Herren in der Werkleitung, die offene Nazis, zum Teil bekannte Naziführer sind, wie der Direktor Wotschke, der juristische Beirat Gruffke und vor allem der Hauptmann a. D. Harz im Personalbureau immer wieder versucht, ihnen treu ergebene Leute ins Werk zu bringen. Es ist ihnen das auch zum Teil gelungen.

So sind gegenwärtig, um eine Abteilung herauszugreifen, in der Karbidbrecherei unter insgesamt 45 Mann Belegschaft vier Nazis und drei sympathisierende Nazis beschäftigt!

Was die Werkleitung hat sich trotzdem schwer verrechnet. Den Nazisproleten ist die schlechte Werkluft „ausgezeichnet bekommen". Viele Proleten — und wenn ihnen sonstwie der Kopf verdreht worden ist — nicht ohne Auswirkung in eine solche Umgebung, wie sie gegenwärtig das Stickstoffwerk Piesteritz darstellt! Proletarisches Kraftbewußtsein wirkt ansteckend auf Proleten!

Die Nazisproleten stehen in der Kampffront!

Der seit 1924 bei den Nazis organisierte Sturmführer Wewers der Karbidbrecherei kam in den kritischen Tagen zu einem RGO-Funktionär und erklärte im Namen seiner Kameraden:

Wir streiken mit! Unser Hunger tut genau so weh wie euerer! Eure Wirtschaftskämpfe sind unsere Wirtschaftskämpfe!

Wir stehen jetzt alle Proleten im Stickstoffwerk Piesteritz zusammen. Es gibt nur eine Meinung: „Auf Lohnabbau wird mit Streik geantwortet!" Und ein jeder Kollege fühlt es selbst:

Wir sind gerüstet!

Kampf gegen die Kriegstreiber!

Eine „Fliegerschutzübung" wird zur Massenkundgebung der Piesteritzer Arbeiterschaft gegen den imperialistischen Krieg

A.-K. Vor kurzem sollte in ganz Piesteritz eine Verdunklungs- und Fliegerschutzübung durchgeführt werden. Von 20.15 Uhr bis 20.20 Uhr sollte in ganz Piesteritz alles Licht ausgeschaltet werden. Selbstverständlich war zur angekündigten Zeit alles, was Beine hatte, auf der Straße.

Vor allem wimmelte der ganze Ort von Polizei. Und trotzdem gab es, als pünktlich ein Viertel nach acht das Licht ausging, eine Riesenüberraschung. Plötzlich flogen an verschiedenen Stellen große Säcke voll Papier, das mit Petroleum getränkt war, auf die Straße und gingen in Flammen auf. Und auf dem Marktplatz brannte ein riesiges, rotes Magnesiumlicht ab, alles ringsum taghell erleuchtend!

Von Verdunklung konnte keine Rede sein. An allen Straßenecken aber standen Sprechchöre von Proleten und riefen in die Massen:

„Achtung! Laßt euch nicht einwickeln! Heute Fliegeralarm! Morgen Schützengraben! Hier wird der Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet! Verteidigt die Sowjetunion! Stickstoffproleten! Streikt gegen Kriegstreiber und Lohnräuber!"

Trotz der zahlreichen Polizei gelang es keinen einzigen der „Uebeltäter" zu fassen. Ja, als das Licht wieder eingeschaltet wurde, leuchteten einige der gesprochenen Losungen schon frisch mit weißer Farbe auf dem schwarzen Asphalt!

Während die Massen so offen und aktiv mit den Saboteuren der „Luftschutzübung sympathisierten, daß niemals die Polizei schnell genug an einen „Uebeltäter" herankommen konnte, gab es leider auch Proleten, die sich ganz offen in den Dienst dieser Kriegsvorbereitung stellten.

Nicht nur die Freiwillige Feuerwehr, sondern auch — eine Schande für diese Arbeiterorganisation — der reformistische Arbeiter-Samariter-Bund wirkte mit!

Doch sah man es einigen der beteiligten Proleten an, daß sie sich vor der aktiven revolutionären Arbeiterschaft schämten und sich ein zweites Mal nicht wieder für die Pläne der Chemiekönige ausnutzen lassen werden!

Im Stickstoffwerk aber diskutierten die Proleten der Nachtschicht, die fünf Minuten lang im Dunkeln sitzen mußten:

„Wenn man einmal auch nur eine Minute zu lange austreten geht, dann gibts Strafen. Aber für ihre Kriegsvorbereitungen ist den Chemiekönigen nichts zu teuer. Na, wir werden ihnen den ganzen Krieg so versauen, wie diese Kriegsübung!"

Die Stoppuhrfritzen können nichts wollen

Die Stickstoff-Proleten wählen sich gute Vertrauensleute und stützen diese

A.K. Es wird die Erweiterung des kriegswichtigen Stickstoffwerkes geplant. Die Werksleitung hat bereits eine neue Abteilung (Veda) geschaffen.

Hier sind, — wahrscheinlich um gleich die Beschäftigungsprämien einstecken zu können — ungefähr 150 Wohlfahrtserwerbslose neu eingestellt worden.

Sie müssen die alten Schlamm- und Schlackenberge wegräumen und so Platz für Erweiterungsbauten schaffen. Jetzt soll dort das Gedinge eingeführt werden! Man steht schon heimlich mit der Stoppuhr dahinter und sucht einen Gruppenakkord auszuknobeln, bei dem sich die Kollegen gegenseitig antreiben sollen, um dann so gerade den Tagelohn zu erreichen.

Bei den Proleten aber herrscht die einmütige Meinung:

„Mögen sie abstoppen und kalkulieren soviel sie wollen! Das geht uns gar nichts an. Wenn wir zusammenhalten, kann uns keener!"

Einer der Kollegen vom Schlammberg schreibt über die dortigen Verhältnisse folgendes:

„Wir hausen wie Nomadenvölker in Zelten..."

Die Erwerbslosen, die durch die lange Erwerbslosigkeit kaum eine vernünftige Hose auf dem Leib tragen, sollen für die Stickstoffaktionäre beim Schlammberg transportieren auch noch ihre eigenen Kleider herumtreiben!

Beim Waschen quälen sich die Kumpels ab, das sie die Finger sauber bekommen. Schmierseife wird eingespart. Holzschuhe liefert man wohl für Arbeitsdienstler nach Preußch, den eigenen Arbeitern will man sie nicht geben. Zum Arbeitsbeginn und zum Feierabend jedesmal ein wüstes Gedränge, weil natürlich diese Masse Menschen im Ankleideraum nicht genügend Platz hat. Zum Mittag kampiert die ganze Belegschaft in zwei Zelten, von allen Ecken pfeift der Wind hindurch.

Kollegen, wir sind nicht, weil wir so lange erwerbslos waren, Menschen zweiter Klasse, die nun froh sein müssen wieder Arbeit zu haben, wie sich einige über 60 Jahre alte Kollegen ausdrücken.

Wir wollen im Betrieb wie auf der Straße unsern Mann stehen, wir wollen Arbeit, eine richtige Bezahlung und eine vernünftige Behandlung. Das wird uns das System des Kapitalismus nie geben, sorgt deshalb dafür, daß es bald durch den Sozialismus abgelöst wird."

„Wir wählten uns gute Vertrauensleute"

Ein anderer Kollege aus dem Zeltbetrieb gibt folgende kurze Schilderung:

„In den beiden Zelten von Veda sind Abteilungsversammlungen. Es steht die Wahl von Vertrauensmännern bevor. Die Betriebsräte erklären, es können nur freigewerkschaftlich organisierte sein. In einem Zelt wird ein Kollege vorgeschlagen, der nicht freigewerkschaftlich organisiert ist. Als die Kollegen erfahren, daß der Kollege durch die Manöver der Reformisten und Brandleristen erst aus der Gewerkschaft vor acht Wochen ausgeschlossen wurde, wird er erneut vorgeschlagen.

Als Baßüner fragt, wer freigewerkschaftlich organisiert ist, meldet sich keiner. Er hätte einmal fragen müssen, wer in der RGO ist, da wäre er paff gewesen."

Aus alledem geht hervor, wie die Kollegen dabei sind, ständig ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Die Stoppuhrfritzen können bei einer einigen Belegschaft nicht viel wollen!

Und überall die RGO

Auch sie muß bei allen Kampfmaßnahmen organisatorisch erstarken, durch arbeitsfähige Betriebsgruppen zum großen Motor werden, zum

Traktor für unser Arbeitsfeld

Von früh bis spät hat Juno

infolge ihrer einzigartigen Tabakmischung

die dankbare Aufgabe, dem Raucher zu allen Tageszeiten Genuß und Anregung zu spenden.

Jeder Kenner wird verstehen, daß die hohe Qualität der

JUNO

den Verzicht auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien bedingt.

Die gute Juno zu jeder Stunde in Raucher Munde!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0005

Rive und May hoffen auf die Papen-Sonne

Halle mit Sorgen — Bürgersteuer auf 600 Prozent erhöht — Trotz aller Abbaumaßnahmen noch 1,6 Millionen Mark Defizit

„Ja, über die neuen Steuern haben die Stadtverordneten nichts mehr zu beschließen, das ergibt sich ja alles zwangsläufig aus den Verordnungen. Demgemäß hat der Magistrat beschlossen."

Herr Stadtkämmerer May am Schluß einer Sitzung der Pressevertreter, in der der neue Haushaltplan erläutert wurde.

Es hat lange gedauert, bis der Rive-Magistrat der Stadt Halle den Haushaltplan für 1932 fertiggestellt hatte. Das Ergebnis der langen Beratung liegt nun vor, fein säuberlich zu **Papier gebracht! Mit einmal hatten es die Herren des Magistrats sehr eilig, das Resultat ihrer Beschlüsse der Oeffentlichkeit bekanntzugeben.** Deshalb die telephonische Einladung an die Presse zu einer Sitzung, die Freitag nachmittag stattfand. Herr Stadtkämmerer May gestattete sich, den Pressevertretern den Inhalt des neuen Haushaltplanes näher zu erläutern.

An allen Ecken und Enden ist gespart! Außerdem hat der Magistrat beschlossen, die Lohnsummensteuer zu erhöhen, womit das zweite Halbjahr ein Vertrag von rund 100 000 Mark herausgeholt werden soll. **Weiter ist beschlossen, daß die Bürgersteuer mit 600 Prozent des Reichssatzes eingezogen werden soll, wobei mit einem Betrag von 750 000 Mark gerechnet wird.**

Trotz aller Anstrengungen aber schließt der Haushaltplan mit einem Fehlbetrag von 1 595 200 Mark.

Herr Stadtkämmerer May sprach die Erwartung aus, daß die Reichsregierung ihre den Gemeinden gegebenen Versprechen auf höhere Zuschüsse halten werde. Gleichzeitig wurde die Erwartung ausgesprochen, daß auch die Ankurbelungsmaßnahmen der von Papen-Regierung sich im Laufe der kommenden Monate im Wohlfahrtshaushalt auswirken werden. Als die Frage aufgeworfen wurde, was denn jetzt noch die Stadtverordneten eigentlich zu tun hätten, gab der Herr Stadtkämmerer May die obige **Antwort. Das ist kennzeichnend für die Situation. Bei den einzelnen** Positionen, insbesondere auch auf dem Gebiete des Schulwesens und der Gesundheitspflege, hat der Magistrat geradezu ungeheuerliche Abstriche durchgeführt. Die neuen wichtigsten Steuern sind beschlossen. Die Stadtverordneten werden noch einmal gehört und der Fall ist damit für den Rive-Magistrat erledigt.

Der Magistratsvertreter wies vor allem darauf hin, daß unter allen Umständen dafür gesorgt werden müßte, daß die notwendigen Gelder zur Unterstützungsauszahlung bereitständen. Er erklärte, daß Ordnung und Sicherheit in Halle aufs höchste gefährdet werden, wenn dies einmal nicht mehr der Fall sein sollte. Gleichzeitig aber wird in dem Bericht darauf hingewiesen, daß der Magistrat selbst damit rechnet,

daß Ende März 1933 rund 15 700 unterstützungsbedürftige Wohlfahrtserwerbslose vorhanden sein werden gegenüber 12 179 Ende August dieses Jahres.

Deshalb die neuen Steuererhöhungen und deshalb auch der Plan, daß die heutigen geradezu erbärmlichen Unterstützungssätze für die Wohlfahrtsempfänger, die Einstellung nahezu aller Sonderleistungen, auch immer weiter noch Geltung haben sollen.

Trotz aller Ankurbelungsmaßnahmen steigende Lasten

Wie eigentlich selbstverständlich, ergibt der Haushaltplan, daß für die Bedürfnisse des Jugend- und Fürsorgeamtes rund 38 Prozent des auf rund 31 Millionen Mark festgestellten Gesamtausgabebedarfs verwandt werden. Die Gesamtausgaben betragen hier rund 12 Millionen Mark, wovon allein 7 086 000 Mark auf die Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge und das aus Gemeindemitteln aufzubringende eine Fünftel der Kosten für die Krisenfürsorge entfallen. Die Ausgaben für den Jugend- und Fürsorgeetat sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1,5 Millionen Mark gestiegen, trotz aller Abbaumaßnahmen und Kürzungen. Es ist dabei bemerkenswert, daß, während Ende August 1931 noch 63 Prozent aller unterstützten Arbeitslosen aus der Arbeitslosenversicherung unterstützt wurden, betrug diese Zahl ein Jahr später nur noch 39 Prozent. Alle übrigen waren auf die von der Stadt zu zahlende Wohlfahrtsunterstützung angewiesen.

Zu gleicher Zeit aber geht aus dem Haushaltplan hervor — und das ist kennzeichnend für den Umfang der kapitalistischen Wirtschaftskatastrophe —, daß der Ertrag der Steuern immer weiter zurückgeht. So ist die Einnahme aus der Einkommensteuer von rund 4 Millionen Mark im Jahre 1928 auf 1,2 Millionen Mark im Jahre 1932 gesunken. Im Vorjahre war der Betrag aus der Einkommensteuer noch 1,7 Millionen Mark. Die Körperschaftssteuer, die im Vorjahre noch 231 000 Mark ergab, ist für 1932 nur noch mit 101 000 Mark eingesetzt. So geht es auch bei den meisten übrigen Steuerquellen un es besteht keinerlei Aussicht, daß es anders wird.

Immer größere Belastung der Werktätigen

Der Haushaltplan ergibt weiter, daß bei den Besoldungen der Beamten und Angestellten rund 21 Prozent eingespart worden sind. Der Betrag für diese Zwecke ist von rund 5,1 Millionen Mark im Jahre 1931 auf rund 4 Millionen Mark zurückgegangen.

Die gesamten persönlichen Kosten für alle städtischen Angestellten einschließlich der Arbeiter erfordern einen Betrag von rund 8,1 Millionen Mark gegen rund 10,7 Millionen Mark im Haushaltplan 1931. In diesem Gesamtrahmen ergibt sich eine Kürzung von rund 29 Prozent. Ein Beweis dafür, daß die Abzüge bei den Arbeitern und unteren Angestellten weit rigoroser durchgeführt worden sind als bei den oberen Beamten, bei den Magistratsmitgliedern usw. Auch der bei den unteren Angestellten und bei den Arbeitern weit stärker durchgeführte Abbau von Kräften dürfte zu diesem Ergebnis beigetragen haben. An einer anderen Stelle wird nur darauf hingewiesen, daß die Gehaltsbezüge der Polizeibeamten nicht in dem gleichen Maße gesenkt worden sind wie die Gehälter der übrigen Beamten. Dies ist verständlich. Die Bourgeoisie weiß sehr genau, daß die hier aufgewandten Beträge zur Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung", d. h. zur Stützung der kapitalistischen Klassenherrschaft erfolgreiche Verwendung finden.

Aus der Fleischverkaufshalle und Eisfabrikation des Schlachthofes glaubt der Magistrat im laufenden Rechnungsjahr einen Ueberschuß von 83 100 Mark statt 65 000 Mark wie im Vorjahre einnehmen zu können. Also auch auf diesem Gebiete eine noch größere Belastung der Konsumenten. Keine der bisher von der kommunistischen Fraktion beantragten Forderungen auf Herabsetzung der Mieten für Kühlhäuser usw. ist bisher durchgeführt. Das auf dem Schlachthof herrschende Naziregiment, über dessen Taten wir hier fortgesetzt berichtet haben, will wahrscheinlich auch auf dem Gebiet der Konsumentenausplünderung seinen Befähigungsnachweis erbringen.

Nach dem Bericht sind auch die Einnahmen aus den Badeanstalten ständig weiter zurückgegangen. Auch hierbei kommt die Verelendung der werktätigen Bevölkerung zum Ausdruck, der es infolge der erbärmlichen Löhne und Unterstützungssätze nahezu unmöglich gemacht wird, die Badeanstalten zu benutzen.

Beim Schulwesen wird besonders „gespart"

Am tollsten aber sind die Sparmaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens.

Die Gesamtausgaben im Haushalt der Schulverwaltung sollen um rund 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr, von rund 6,7 Millionen Mark auf rund 4,3 Millionen Mark herabgemindert werden.

Trotz Steigerung der Schülerzahl sind die Schulstellen bereits im Oktober 1931 von 444 auf 407 verringert. Inzwischen ist bereits eine weitere Herabsetzung auf 394 beschlossen. In den Volksschulen beträgt die Durchschnittsfrequenz jetzt 42,5 je Klasse gegenüber 41,3 im Vorjahre. In den evangelischen Volksschulen beträgt die Durchschnittsfrequenz jetzt 45,2 gegen 43,9 im Jahre 1931. Das bedeutet eine derartige Verschlechterung für die Schulkinder, daß sich die proletarischen Eltern auf das entschiedenste zur Wehr setzen müssen. Auch die sächlichen Schulunterhaltungskosten sind um 24 Prozent gekürzt. Das bedeutet Einschränkung bei der Reinigung der Schulen und bei der heute vorhandenen Seuchenausdehnung eine große Gefahr für die Gesundheit der Kinder.

Einen besonders feinen Satz aber leistet sich der Magistrat im folgenden. Es heißt in dem Bericht:

„Der in früheren Jahren zu beobachten gewesene Andrang zu den höheren Schulen hat in diesem Jahre erfreulicherweise nachgelassen."

Das sind die Kreise, die von einem Kulturbolschewismus zu sprechen wagen, die jetzt ihre Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß die höheren Schulen, einst der Stolz der „Schulstadt Halle", nicht mehr so in Anspruch genommen werden, wie es früher der Fall war. Die Ursachen dafür sind verständlich. Der kapitalistische Staat hat auch für die Ausbildung der höheren Schulen, für die sogenannte „Intelligenz" keine Verwertung mehr.

Die Arbeiterschaft muß kämpfen

Es ist verständlich, und das zeigt auch dieser Etat, daß der kapitalistischen Staat eine andere Lösung der Finanzen nicht möglich ist. Alles ist darauf eingestellt und zugeschnitten, die Werktätigen die größten Lasten aufzubürden. Also Ersparnisse werden, handelt es sich immer darum, die Aermsten betroffen. Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion hat in der ganzen Beratungen über die Neugestaltung des Etats wieder diese ihre grundsätzliche Stellung vertreten, immer aber auch Forderungen unterbreitet, deren Verwirklichung Interessen der Werktätigen dienen sollte.

Die Ausführungen des Stadtkämmerers May, daß die Stadtverordnetenversammlung ja überhaupt nichts weiter zu beschließen habe, zeigen mit aller Deutlichkeit die Faschisierung des Verwaltungsapparats, die sich auch in den kommunalen Verwaltungen wirkt. Die einzige Hoffnung dieser „Kommunalpolitiker" sind die Versprechungen, die Ankurbelungsmaßnahmen der von Papen-Regierung wenigstens noch einen kleinen Erfolg haben. Sie warten auf die Papen-Sonne, erklären aber gleichzeitig, es alles noch viel schlimmer kommt, wenn die Bemühungen ergebnislos bleiben.

Die Arbeiterschaft hat die Auswirkungen der Brüning-Papen-Notverordnungen zur Genüge zu spüren bekommen. Hungerwinter steht bevor, von einem Ausmaß, das noch zu erfassen ist. Alles hängt ab von der Kampfentschlossenheit, Opferwilligkeit der breiten werktätigen Schichten, wie der Bourgeoisie möglich sein wird, ihre Pläne zu verwirklichen. Unter Führung der Kommunistischen Partei gilt es die Arbeiterfront zu schmieden, die imstande sein wird, die immer neuen Angriffe der Bourgeoisie zurückzuschlagen.

Die bürgerlichen Parteien, wie SPD und Nazis haben dem Kurs des Magistrats längst abgesagt. Allein die Kommunisten haben sich immer erneut als die einzigen Vertreter der Werktätigen erwiesen. Immer werden sie es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, die Massen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zum Angriff zu mobilisieren. Von der Verbundenheit der Massen der Werktätigen hängt der Erfolg des Kampfes ab. Es gilt es auch am 6. November zum Ausdruck zu bringen. Wählt bei der Reichstagswahl alle Stimmen der Kommunistischen Liste 3.

Genosse Franz Doll gestorben

Am Sonnabendmittag starb unerwartet der Genosse Franz Doll, hier, Denkmalsgasse 2. Der Genosse Doll ist Mitglied der Partei und des ERDB. Sein Tod ist um so tragischer, da sein Sohn Gustav von der Klassenjustiz auf Festung festgehalten wird und auch seine Frau nicht daheim war. Wir werden den alten Klassenkämpfer nicht vergessen, sondern in seinem Sinne weiterarbeiten für die Regierung der Arbeiter und Bauern und rufen ihm deshalb ein letztes „Rot Front" zu.

Tag und Zeit der Beerdigung wird noch bekanntgegeben.

KPD, Stadtteil Zentrum.

Eine geborstene Bürgerblocksäule

Der Hallische „Wirtschaftsführer" und ehemalige Stadtverordnete der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft, W. Schwarz, vor dem Gericht wegen fortgesetzten Betruges und Konkursverbrechen

Wer Gelegenheit hat, die Lobredner des kapitalistischen Bankrottsystems, die Vertreter der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in der Hallischen Stadtverordnetenversammlung reden zu hören, der muß der Meinung sein, daß diese feine Gesellschaft aus lauter hochanständigen Menschen besteht, die vor lauter Menschenliebe und Besorgnis für das Wohl der Aermsten überfließen. An der Spitze dieser feinen Gesellschaft ist es der Rechtsanwalt Dr. Hirsch, der bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit die Vertreter der Werktätigen von Halle, die Kommunisten, als „Untermenschentum" behandelt. Der „Klassenkampf" hat vor längerer Zeit bereits Gelegenheit genommen, diese Zierde der bürgerlichen Gesellschaft in der Praxis, nämlich bei der Uebervorteilung seiner eigenen Klienten, zu kennzeichnen. „Wie der Herre, so das Gesperre" lautet ein altes Sprichwort. Es befinden sich noch mehr „feine" Leute unter diesen stahlhelmgeschmückten Vertretern des Bürgerblocks, in dessen Mitte ja auch der Leuna-Staatsanwalt und Stahlhelmhauptmann Mathy sich befindet.

Zu diesem Bürgerblock gehörte auch der ehemalige Stadtverordnete Bankier Walter Schwarz, der Inhaber der Bankfirma Schönlicht & Co. Schwarz hatte am 14. August 1931 seine Zahlungen eingestellt. Einige Tage später wurde das Konkursverfahren eröffnet. Am 26. November 1931 wurde Schwarz verhaftet und blieb bis 25. August 1932 in Untersuchungshaft. An diesem Tage wurde er gegen eine Kaution von 5000 RM (Wer mag die wohl berappt haben?) entlassen.

Jetzt steht er, dieser feine Bürgerblock-Stadtverordnete a. D. wegen Konkursverbrechens, durch übertriebenen Aufwand, wegen Zueignung fremder Depots und Begünstigung seiner Frau gegenüber anderen Gläubigern vor Gericht. 50 000 Mark Treuhandgelder soll er unterschlagen haben. Das sind Gelder, die der Stahlhelm für Sonderzüge nach Breslau bei ihm für die „Mitropa" eingezahlt hat.

Allerdings soll nur die „Mitropa" hierbei geschädigt sein. Fortgesetzten Betrug soll dieser feine Herr gegenüber der Mitteldeutschen Landesbank, der Dresdner Bank, der Reichsbank durch Bilanzfälschungen begangen haben. Einem Arzt und einer Witwe soll er Wertpapiere abgeschwindelt haben. Schwarz hat auf großem Fuße gelebt, so daß sein Verbrauch in einem Jahre 25 800 RM betragen hat, gegenüber einem vorhandenen Geschäftsgewinn von 16 000 RM.

Wir werden über die Verhandlung, die gestern begonnen hat, fortlaufend berichten.

Interessant dabei ist, daß Schwarz in dem Bürgerblock-Magistrat der Führer der Hallischen Demokraten war. Als Mann mit dem Stahlhelm anscheinend ganz nette Geschäfte gemacht. Ob er Mitglied des Reichsbanners war, ist uns leider nicht bekannt.

Arbeiterkinder demonstrieren gegen das Verbot der IAH

Am Sonntag, dem 9. Oktober, demonstrierten ungefähr 50 Arbeiterkinder im Norden von Halle gegen das Verbot der Internationale. Mit Transparenten zogen sie längere Zeit durch die Arbeiterviertel.

Immer wieder wurden Rufe gegen das Verbot der IAH gebracht. Aus vielen Fenstern reckte sich die Faust zum Roten Gruß. Die Polizei erschien zu spät; die Demonstration war beendet.

Mutter, es geht um dein Liebstes!

Der Vater betreut die Kinder, die Mutter geht zur Arbeitsstätung, um einige Pfennige zu verdienen. Bis auf geringe Reste wurde die Kleinkinderfürsorge abgebaut. **Schaut euch in der neuen „AAZ" an!** Jeder wird zur Ueberzeugung kommen, daß zwar alle Parteien versprechen, aber nur eine Partei, die Kommunistische Partei, den Ausweg zeigt. Am 6. November wählen alle Mütter Liste 3!

Achtung, oppositionelle Metallarbeiter von Halle!

Morgen, Mittwoch, den 12. Oktober, 19,30 Uhr, im „Bollspark" eine außerordentlich wichtige Sitzung der oppositionellen Metallarbeiter von Halle statt. Zeit und Ort wird dort bekanntgegeben. Keiner darf fehlen.

Die Opposition.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0006

Roter Arbeitersport

Bezirk Halle, Fußballsparte

Folgende Spieler sind ab Montag, den 10. Oktober 1932 disqualifiziert: Fritz Brach, Paß 36; Kurt Mahler, Paß 9; Gerhard Becker, Paß 1; alle Wacker-Turf. Willi Lindenhahn, Paß 16; Otto Köhler, Paß 2; Willy Menzel, Paß 11; alle drei Brachwitz. Heinz Reinicke, Paß 7 Viktoria; Otto Weise, Paß 6 Paß 17 Cölme; Otto Tonnattel, Paß 71 Germania; Willy Klemm, Paß 24. Können ist bis auf weiteres disqualifiziert. Die Pässe der disqualifizierten Genossen sind bis Freitag, den 14. Oktober 1932 beim Genossen Weiß abzuliefern. Die betreffenden Vereine werden hiermit davon in Kenntnis gesetzt.

Die Spieler Drobs und Kaufmann, beide Könnern, sind ab 10. Oktober 1932 wieder spielberechtigt freigegeben. Dieses den Betreffenden zur Kenntnisnahme.

An alle Vereine! Wir weisen nochmals darauf hin, daß bei allen Schiedsrichter, gleich welcher Art, die Serienspielformulare an den Spartenrechnifter zur Geschäftsstunde eingereicht werden müssen.

Darüber hinaus weisen wir im allgemeinen auf die Serienspielformulare hin, welche mitunter mangelhaft ausgefüllt werden.

Rückstände! Vereine mit Rückständen haben sofort ihre Verpflichtungen zu erledigen, andernfalls Spielsperre erfolgen müßte. Die Vereine werden hiervon besonders Kenntnis nehmen.

Betrifft Mannschaftsleitungen! Vereine, welche sich in ihrer Zusammensetzung des Mannschaftsbestandes im Verlauf eines Monats verändern, teilen dies umgehend der Spartenleitung mit (besonders wo Schüler- und Jugendabteilungen usw. gegründet werden, oder durch besondere Umstände wieder eingegangen sind). Gründe ausführlicher angeben.

Die Geschäftsstunden der Bundesleitung befinden sich jetzt Waisenhausring Nr. 3 (Telephon: Nr. 355 67). Alle Berichte, gleich welcher Art, gehen nunmehr an die neue Adresse (Bezirkszentrale).

Am Montag, dem 31. Oktober 1932, findet die laut Jahresplan veröffentlichte Vereins-Vorstandskonferenz statt, wozu alle Vereine ihre Vorsitzenden oder sonstige Vorstandsmitglieder entsenden müssen (Mandat nicht vergessen).

Vereine, welche Referenten von der Spartenleitung zu ihren Vereinsversammlungen oder sonstigen Veranstaltungen anfordern, müssen dies mindestens 3 Wochen vor Stattfinden beantragen. Veranstaltungen rechtzeitig melden.

J. A.: H. Schönfeld.

Bezirk Weißenfels, Handballsparte

Serienspiele am 16. Oktober 1932

1	9.30 Uhr	Hohenmölsen 1—SC 2	Eckstädt 93
2	8.30 „	Osterfeld 1—Naturfreunde Weißenfels	Hartung 93
3	9.30 „	Naumburg 1—Taucha 1	Müller 93

Sämtliche Bezirksangelegenheiten an F. Hennisch, Weißenfels, Schulstr. 3. Paß- und Schriftangelegenheiten: Karl Hartung, Weißenfels, Melanchthonstraße 35 r. Erstgenannter, bisheriger letzter Gauverein.

93 1—Naturfreunde 1 8:7 (4:1). 93 2—Osterfeld 1 8:4 (1:3).

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 12. Oktober

6.15 Uhr: Funkgymnastik. 6.35 Uhr: Frühkonzert. 6.15—8.30 Uhr: Dienst der Hausfrau. Der Küchenzettel im Oktober. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Tagesprogramm. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 12 Uhr: Mittagskonzert. 14—14.30 Uhr: Arbeiten im Haushalt. 15 Uhr: Wie spare ich Geld und Zeit beim Briefpostverkehr? 16 Uhr: Für die Jugend „Herbst". 17 Uhr: Jugendkonzert. Anschließend bis 18 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe. 18.10 Uhr: Das gute Buch. 18.35 Uhr: Sprachkunst. Nachmittags. 18.55 Uhr: Für Gedenktage Auskunft. 19.05 Uhr: Hortense Schneider, die Diva der Offenbach-Zeit (Wiederholung). 21.15 Uhr: Wich in die Zeit. 21.30 Uhr: „Stoßmittel der Theaterkunst." 22.30 Uhr: Nachrichtendienst. Anschließend bis 24 Uhr: Nachtmusik.

Königswusterhausen: 6.30 Uhr: Frühkonzert. 9.30 Uhr: Beschäftigungsstunde für Unbeschäftigte. 11.30 Uhr: Volks- und Unterhaltungsmusik (Schallplatten). 14 Uhr: Chöre (Schallplatten). 15.45 Uhr: Rechnungen des häuslichen Lebens. 16 Uhr: Schule und Zeitung. 16.30 Uhr aus Hamburg: Nachmittagskonzert. 18 Uhr: Alt-Berliner Gesellschaftstänze um 1800. 18.30 Uhr: Der Weltkrieg August 1914 bis April 1915. 18.55 Uhr: Englisches Sprachunterricht. 19.30 Uhr: „Undine", Zauberoper. 22.30 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich: Franz Diob, Halle a. d. S., für den gesamten Inhalt; Arthur Burkert, Halle, für den Anzeigenteil.

Der Weg zum Kunden

III

Halle

Möbelhaus „Hallensia" Merseburger Str. 1

Martin Klaus Zigarren Zigaretten Tabak 6493 MerseburgerStr. 35

Wo?? in Halle verlebt man die angenehmst. u. gemütlichsten Stunden? Café „Freischütz" H. Hartung, Kl. Ulrichstr.

Best gute Bücher! 6413 Zuckermann Hallescher. 3 — Leipziger Str. 63

Handschuhe, Strumpfwaren, Trikotagen kaufen Sie am vorteilhaftesten bei Lebensmittel E. F. Fischer Collenbeuerweg 33

Möbel Geschmackvolle Wohnungseinrichtungen zu bekannt niedrigst. Preisen Gebr. Jungblut Halle a. S. Albrechtstr. 37

Wohin? In's „Rest. Friedrichsgarten" Friedrichstr. 23 / Tel. 34467 6487

Fr. Mordhorst Fleischerei Kolonialwaren Eckstein's Fleischzentrale Böllberger Weg 14

R. Donnerstag Alle Lebensmittel, Triftstraße 5 Fleischerei: Gesenstraße 20

Halle-Cröllwitz

Lebensmittelhaus Cröllwitz Einkaufsquelle der Arbeiterschaft Dölauer Straße 5 6485

Kramer's Konzerthaus Delitzscher Str. 2 Täglich Konzert Montags bis Donnerstags Tanz

Merseburg

Linoleum — Wachstuche Gummi-Grafnetz Gotthardstr. 20 6192

Albert Echternmeier Käserei, Lauchstädter Straße

Verkehrslokal „Biertunne" Burgstr. 1, Ecke Delgrube — Herabgesetzte Preise —

Kernseifen, Sämierseifen, Seifenpulver Eigene Fabrikate empfiehlt Wilhelm Fuhrmann, Markt 4

Fahrräder, Nähmaschinen, Radio, Kinderwagen, Reparaturwerkstatt Klaproodt, Neumarktstor 2

Franz Wirth, Roßmarkt 1 Seifenfabrik — Parfümerien

Ammendorf

Central-Molkerei Lindenstr. 2 Sämtliche Molkereiprodukte

Ernst Boech, Neumarkt 14 Eisenwaren, Haus- u. Küchengeräte Kinderwagen

Radio- und Schneidenschlächterei Otto Schieferdecker Richard-Löhelstr. 12

Zigarrenhaus Edwin Menzel, Kl. Ritterstr. 16

Leuna

Lebensmittelhaus Gerhard Barth, Sattlerstr. 15

Arbeiter, deckt Euren Butter-Bedarf bei Martha Krause, vorm. J. Franzel Weißenfelser Str. 11

Zeitz

MESSOW & WALDSCHMIDT GMBH ZEITZ Das Haus der guten Qualitätswaren ZEITZ Kramerstr. 19-21 und der anerkannt niedrigen Preise Kramerstr. 19-21 mit den großen Spezialabteilungen für Lebensmittel und Konfitüren

Förderung Zeitz — Am Neumarkt verbilligt die Lebenshaltung

CAPITOL zeigt das Beste und Neueste in BILD und TON des Weltmarktes

Hamburger Fischhallen Brüderstr. 8 6235 Das erste Spezialgesch. am Platze

Schützenhaus empfiehlt seine Räumlichkeiten zum angenehmen Aufenthalt! 6231

Kegling & Dinger Kolonialwaren, Kaffeerösterei Neumarkt 9 6236

St. Michaelis-Klause Beliebtes Arbeiter-Verkehrslokal 6228 Altmarkt 6 — Inh. Franz Schnell

Kaufe zuerst zu HART Größtes Textilhaus von Zeitz!

Rote Sportler kaufen nur bei Gebr. Rüdiger, Parsellenstraße 7 Fahrradhandl. u. Reparat. 6220

Butter-Schreiber Markt 12 6504

Schokoladenhaus Schirmer! Billig u. gut 6234 Gegenüber der Mohren-Apotheke

Milch, Butter, Käse, Eier Altenburger Str. 44a, Krämerstr. 6

Geschäft für Sport- u. Turnartikel PAUL JÄNNERT Hospitalstr. 35 6236

Reserviert 6223

Tabakwaren 6200

Lebensmittelhaus W. Brückner 6501 Leipziger Str. 10

Lebensmittelhaus Karl Schöberlein 6202 Naumburger Str. 8 6203 Esse dich gesund!

Großosterhausen

Friseur Richard Voigt 6170

Göthewitz bei Weißenfels

Rich. Brauer Kolonialwaren u. Bäckerei 6454

Hettstedt

Friedr. Ballin, Inh. H. Grippain, Markt 7-8 6474 Möbel, Polstermaren, Kleiderstoffe Wäsche, Linoleum, Teppiche, Tapeten

Trinkt Qualitäts-Vollmilch der Dampfmolkerei Wippertal 6478

Schuhwaren Sämtliche Sportartikel M. SZACASSON, Markt 14 6478

Rosenberg das führende Kaufhaus! 6476

Schuhhaus Fr. Segnitz Markt 20 6479

Friseur H. Sommer Hobelhaße 26 6480

Zentralmolkerei Stoppel Markt 14 6477

Querfurt

Milch ist das beste, billigste u. unentbehrlichste Volksnahrungsmittel Die Molkerei Querfurt liefert den Verbrauchern, ob jung u. alt, Frischmilch in reiner, preiswerter Form zur Verfügung 6513

Sämtliche Holz- u. Polster-Möbel kaufen Sie gut u. billig bei Fritz Caulwell Merseburger Str. 7 6516

Frischwurst täglich frei Haus durch M. Rehberg, Klippe 6512

R. Otto Höroldt Trämstr. 8 — Die billigste Bezugsquelle für Lebensmittel aller Art / Tel. 454 6514

Verlangt u. bevorzugt die Käse der Firma Otto Herold, Hinterm Wehr 8 6515

Wittenberg

Schultheiß-Patzenhofer in allen Konsum-Flaschenbiere Verkaufsstellen stets frisch erhältlich! 6469

Kurt Sucker Rollleiserei Collegienstr. 61 6213

Kauft die neuesten Modelle im Radio-Spezialgeschäft Max Kittler, Neue Str. 13 6212

Herren-Kleidung nur bei Richard Hirschfeldt 6214

Gustav Triebel ff. Fleisch- u. Wurstwaren Coswiger Str. 18 6215

Konsummitgl. Rabattmarken

RUNZE-ZIGARREN, WITTENBERG billig und gut! 6471

Kauft Seifen am Platze! Z. 4 u. 5 6216

Radio, elektr. Licht- u. Kraftanlagen 6470 Paul Lehmann, Schloßstr. 10

Hüte, Mützen, Pelzwaren kauft bei Aug. Linke, Collegienstr. 24 6217

Pfefferitz

Gesunde Zähne gesunder Magen! 6222

Kauft Herren- u. Damenkleidung bei Preminger Markt 14 6219

Karl Bräse Collegienstr. 45 ff. Fleisch- u. Wurstwaren 6220

Torgau

Reserviert 6430

Ernst Rost Wittenberger Str. 9 6421 Manufakturwaren u. Damen-Konfektion

Trinkt mehr Milch! 6429

Schuhwarenhaus MARKT Pannier 6425

Restaurant „Vaterland", Wittenberg, Str. 57 6426

Besucht Euren Friseur 6428

Reserviert 100 6425

Kauft beim Kleinhandel! 6429

Reserviert 99 6426

Herren-Frisier-Geschäft Seidel, Spitalstraße 36 6423

Zeitz

Echt Döhnert's Roggenbrot! 6411

Elsterwerda

Kauft in der Kosa Schokoladenfabrik 6164 Verkaufsstellen in Halle, Bitterfeld, Merseburg, Elsterwerda und Liebenwerda

Rothenschirmbach

6211 Materialwaren Karl Klotzsch

Ff. Fleisch- u. Wurstwaren Richard Mögling 6210

Zembschen

Herren- u. Damenfriseur sowie Zigarren — Tabak Alfred Fischer 6212

GASTHOF ZEMBSCHEN Max Grünzig empfiehlt sich bestens 6452

Langendorf

Eure Lebensmittel bei Lina Deubel 6441

Hergisdorf

Kolonialwaren u. Gastwirtschaft „Zur grünen Laube" 6208

Brot- und Feinbäckerei Franz Körber 6205

Restaurant „Zur Bierhalle" Inh. Bäckermeister Erdmenger 6206

Kreischau

Gasthof Paul Röbel empfiehlt sich bestens 6183

Creisfeld

Kauft bei den Inserenten! 6202

Lügen

Reserviert 6219

Eßt mehr Fleisch! 6420

Eure Backwaren bei B. Heller, Wilhelmstr. 30 6440

MARKT-DROGERIE G. Ankermann, Wilhelmstraße 21 6439

Pörsten

„Fasanenhöhe" Bahnhof Pörsten Paul Schubert 6182

Hohenmölsen

Schuhhaus Schröer Inh. G. Fuchs immer preiswert u. reell 6450

Lebensmittel, Farben, Lacke bei Sieler Nachf. Inh. K. Albrecht Bonner Str. 13 6170

Waldemar Günther Billige Fleisch- und Wurstwaren Neumarkt 6 6171

Dehlitz

Moderne Wohnungseinrichtungen 6180 empfiehlt bestens Bau- und Möbeltischlerei

Bäckerei — Materialwaren 6179 Robert Hauptmann

Herren- und Damenfriseur Albin Löser 6181

Obergreisiau

Brot- u. Feinbäckerei 6442 Albert Tille

Gastwirtschaft u. Kolonialwaren Arno Topf 6443

Ramsin

Hermann Henke Molkereiprodukte 6489

Nebra

Verkehrslokal aller Kreise RATSKELLER Inhaber: Otto Kürschner 6518

Bäckerei und Konditorei 6519

Billigste Bezugsquelle für Lebensmittel und Kolonialwaren K. Wagner, Breitestraße 15

Arbeiter, deckt Euren Bedarf 6520 an Milch bei Robert Ullrich!

Frankleben

Obst- u. Gemüsehandlung Ernst Warsinsky, Topfmarkt 4 6417

Kretzschau

Hans Hoffmann Zeitzer Str. 5 Bäckerei — Konditorei Lebensmittel 6508

H. Geiserheld Lebensmittel Mittelstr. 11 6508

P. Hohmann ff. Fleisch- und Wurstwaren Hauptstraße 40 6510

Belgern

Die Arbeiterschaft kauft im KONSUM-VEREIN Belgern, Torgau, Dommitzsch und Zeckritz 6416

Arbeiter, kauft in der Bäckerei Hans Fischer Elbstraße 3 6417

Gasthaus „Zum weißen Roß" empfiehlt seine Lokalitäten 6418

Gasthaus und Roßschlächterei PAUL HILLE Dschaker Straße 2 6419

Mühlberg

Die Arbeiterschaft kauft im Konsum-Verein Mühlberg — Coßdorf — Burxdorf u. Fichtenberg 6481

August Weiße Spezialgeschäft in Herrenartikeln Herrenstraße 1 6432

Annaburg

Schuhreparaturen nur beim Fachmann! 6473

Arzberg

Fleisch- und Wurstwaren kauft bei OTTO MIETH 6420

Kauft bei Eurem Bäcker! 6421

Großtreben

Arbeiter, kauft in dem Konsum-Verein Großtreben — Dautzschen u. Lichtenburg 6415

Bitterfeld

Kauft Radio im Fachgeschäft! 6408

Vogtländisches Wäschehaus die billigste Bezugsquelle für Wäsche aller Art Burgstr. 5 6468

Marie Rabrecht Anhalter Str. 44 6466 Lebensmittelhandlung u. Hausschlachtung

Otto Frenkel Grünstr. 8 Brot- u. Feinbäckerei 6460

Kauft Eure Fleisch- u. Wurstwaren bei Paul Wust Burgstr. 40 6462

Optiker Schionski Fachgeschäft f. Optik u. Foto-Lieferant aller Krankenkassen Bismarckstr. 8 6461

Zigarren — Zigaretten — Tabake M. Grünthal, W. Rathenaustr. 21 6202 Lesh Bibliothek

Franz Nießner Kolonialwaren u. hauptsächlich Wurstwaren Commerstr. 7, Ecke Marktstr. 6203

Jahrräder, Nähmaschinen, Kinderwagen 6214 H. Schneider, Hallesche Str. 27 Einkaufsquelle der organisierten Arbeiterschaft

Holzweißig

Otto Angelrott Bäckerei und Konditorei, Schulstr. 10 6200

W. Heyne Baumaterialien, Haus- u. Küchengeräte 6199 Hauptstr. 81

Arthur Pawlowsky Kolonial-, Fleisch- u. Wurstwaren, Mittelstr. 22 6196

Textilhaus Gottesmann, Wolle u. Textilwaren — Bettfedern — Damen- u. Herrenkonfektion — Preiswert u. gut 6064

Greppin

Marie Kolotzki Stumsdorfer Molkereiprodukte Wolfener Str. 25 6464

Kauft Eure Kolonial- u. Backwaren bei Karl Obitz Neue Straße 25 6467

Hermann Rückstiß Bäckerei und Konditorei Jeßnitzer Straße 4 6468

Muschwitz

Bau- und Möbeltischlerei 6446 Minna Heger empfiehlt sich

Für Anfertigung elegante Maßanfertigung empfiehlt sich Erich Rödel 6447

Bau- u. Möbeltischlerei 6448 empfiehlt sich Paul Zinke

Fahrräder, Nähmaschinen Haushaltsartikel — Reparatur Oswald Werner 6449

Nichtewitz

Kauft bei den Inserenten! 6433

Lebensmittel u. Rauchwaren 6434 R. Näck Dorfstr.

Kauft beim Inserenten! 6435

Teuchern

Restaurant Ottomar Schulze Oberstraße 11 6456

Trinkt Milch von Hugo Berger Oberstr. 10 6455

Hamburger Kaffee-Lager Thams & Garfs Markt 18 6445

Teuchern-Runthal

Arbeiter, besucht Gasthof Runthal Verkehrslokal der Arbeiter 6293

Weißenfels

Hemdenfabrik, Hüte u. Putz, Mützl. Reparatur u. Zubehör 6011 An der Pforte 1

Taucha b. Weißenfels

Paul Markmann Kolonialwaren u. hauptsächlich Wurstwaren Lutherstraße 4 6172

Herren- und Damenfriseur — Bauernmeln 6176 Hermann Sachse

Berücksichtigt euren Gastwirt! 6173 „Goldener Löwe"

Gasthof „Einhorn" Inhaber F. Müller Weißenfelser Straße 1 Restauration und Kino 6174

Fleisch- und Wurstwaren sowie Lebensmittel bei E. Meuche Hennstraße 10 6175

Friedrich Barthold Bäckerei und Kolonialwaren Langestraße 3 6177

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0007

RUND UM DEN ERDBAL

Der größte Staudamm der Welt

am 10. Oktober am Dnjepr feierlich eröffnet — Das ist Kulturbolschewismus

Am 10. Oktober erfolgt in Kitschkas die feierliche Inbetriebsetzung des größten Kraftwerkes der Welt, „Dnjeprostroj", dessen Grundstein im November 1927 gelegt wurde. In fünfjähriger Arbeit errichteten Zehntausende Werktätiger der Sowjetunion in Stoßbrigadenarbeit und sozialistischem Wettbewerb mit der Unterstützung ausländischer Fachleute und Techniker fünf Turbinen mit einer Gesamtleistung von einer halben Million Pferdekräften. Das Wasserkraftwerk beliefert das im Bau befindliche Industriekombinat mit einer Elektroenergie von 160 000 Volt Starkstrom, der größten Stromstärke der Sowjetunion. Weitere vier Turbinen werden bis zum Jahre 1933 gebaut, so daß sich die Gesamtleistung des Dnjeprostroj auf 810 000 Pferdekräfte und auf die Lieferung von drei Milliarden Kilowattstunden Strom erhöhen und damit zur größten Energiequelle der Welt werden wird.

Zum Antrieb der Turbinen wurde der größte Staudamm der Welt, dessen Länge 766 Meter und dessen Gesamthöhe (mit der Laufbrücke für die Kräne) 60 Meter beträgt, errichtet. Durch diesen Staudamm wird der Wasserspiegel um 43 Meter gehoben. Der Staudamm besteht aus 48 Bogen, die zwecks Regulierung der Wasserzufuhr zu den Turbinen durch eiserne Sperren, die 48 Tonnen wiegen, geschlossen und geöffnet werden können. Durch die Sperren wird der Wasserspiegel gehoben und der ganze Dnjeprlauf schiffbar gemacht.

Der Staudamm ist auf dem linken Ufer mit einer Riesenschleuse versehen, die die Schiffe innerhalb zwei Stunden von Wasserspiegel zu Wasserspiege' heben und senken kann. 52 Meter hoch (gemessen vom unteren Wasserspiegel) läuft auf dem Staudamm eine breite Chaussee für Auto-, Straßenbahn- und Fußgängerverkehr, die zum neuen Industrieviertel am linken Ufer führt. Hier, wo vor zwei Jahren noch kahle Steppen waren, entsteht ein gewaltiges Industriekombinat, bestehend aus einer Aluminiumfabrik, einem Werk für Eisenlegierungen und einem Hüttenwerk (12 Betriebe), mit einer Produktion von 1 200 000 Tonnen Roheisen. Alle diese Werke werden durch den Strom des Dnjeprokraftwerkes betrieben, darüber hinaus versorgt das Kraftwerk die Städte Dnjepropetrowsk und die neuerrichtete Großstadt Saporoshje mit elektrischem Strom. Die neue Stadt Saporoshje, in der die Werktätigen, Techniker und Fachleute des Industriekombinats Dnjeprostroj wohnen, hat bereits 120 000 Einwohner. Sie hat die modernsten Einrichtungen.

★

Zur Eröffnungsfeier treffen in Kitschkas Mitglieder der Sowjetregierung und des Zentralkomitees der KPSU., Delegationen aus den Betrieben des ganzen Landes, ausländische Arbeiterdelegierte sowie Pressevertreter aus aller Welt ein. Am Tage der Eröffnung des Betriebes wird eine Sondernummer der Zeitung „Proletarier des Dnjeprostroj" erscheinen, mit Beiträgen von Arbeitern, Technikern und Ingenieuren, mit Zuschriften von ausländischen Schriftstellern sowie mit Begrüßungsschreiben und Schilderungen des Dnjeprostroj von Upton Sinclair, Egon Erwin Kisch, John dos Passos, Béla Illes, Bruno Jasienski und anderen.

Indischer Geheimsender

— beunruhigt britischen Imperialismus

Die politische Polizei Indiens ist seit einigen Tagen fieberhaft bemüht, eine geheime Sendestation zu finden, die Indien beunruhigt, indem schwere Anwürfe gegen die Engländer in englisch, hindostanisch und tamil in diesem Sender verbreitet werden. Bisher hat man nicht einmal den Ort finden können, an dem der Sender aufgebaut ist. Die verschiedenen Versuche, durch Auffangen der Nachrichten von mehreren verschiedenen Plätzen aus einen Fingerzeig zu bekommen, sind fehlgeschlagen. Man hat jetzt die Vermutung, daß der Sender sogar transportlich montiert ist, so daß er — trotz einer außerordentlichen Leistungsfähigkeit — transportiert werden kann.

Vier Verhaftungen hat man bis jetzt vorgenommen, darunter ist ein bekannter Hinduführer der gleichzeitig Radiohörer ist. Ferner hat man einen Mahomed Fathelli genommen, der einer der besten Radiospezialisten unter den Eingeborenen Indiens ist. Er hat seine Ausbildung in Amerika erhalten und stand in unmittelbarer Beziehung zu einem Badruddin Tyabij, der lange Zeit Richter des Court gewesen ist.

Die erfolgten Verhaftungen sind freilich Festnahmen auf Grund von Annahmen, die sich erst noch bestätigen müssen, ob zwischen arbeitet der Sender auch weiter — zum Grau Engländer, Indiens, die entsetzt den Apparat abstellen, wenn Geheimsender seine Sendungen beginnt.

Spinale Kinderlähmung geht zurück

Dillenburg, 10. Oktober. Im Dillkreis und im Kreise Biedenkopf wurden seinerzeit zuerst Erkrankungen an spinaler Kinderlähmung festgestellt. Der Krankheitsherd konnte rechtzeitig lokalisiert werden, so daß außer bei einem zwölfjährigen Mädchen aus Niederscheld im Dillgebiet keine Todesfälle zu verzeichnen waren. Im siegerländischen Ort Oberdielfen war, wahrscheinlich durch Einschleppung, ein Fall spinaler Kinderlähmung zu verzeichnen. Im Kreise Wittgenstein trat die Krankheit häufiger auf; in Berleburg ist ein Sechzehnjähriger gestorben. Im kurkölnischen Sauerland waren besonders die Ortschaften Meggen, Maumke, Bilstein von der Seuche heimgesucht worden. Das Gebiet an der Dreiprovinzengrenze ist seuchenfrei, dagegen werden aus dem Hessischen weitere Erkrankungen und aus Obbornhofen ein Todesfall gemeldet.

Lehrer als Sittlichkeitsverbrecher

Wuppertal, 10 Oktober. Die Große Strafkammer verurteilte den früheren Lehrer Paul v. d. H. aus Radevormwald wegen Verbrechens gegen Paragraph 176 Abs. 3 in 14 Fällen und gegen Paragraph 174 Abs. 1 in einem Falle zu fünf Jahren Gefängnis. Es bleibt damit bei der vom Schöffengericht in der ersten Instanz festgesetzten Strafe. In der Urteilsbegründung heißt es, daß an sich für jeden der 15 Fälle, die scheußlicher nicht vorstellbar seien, die Höchststrafe von zehn Jahren Zuchthaus am Platze gewesen sei, wenn nicht der Angeklagte erblich belastet sei.

Schwere Verkehrsunfälle am Sonntag

Im Laufe des Sonntags ereigneten sich einige schwere Verkehrsunfälle. In Mariendorf stießen in der Fürstenstraße an einer Straßenkreuzung zwei Motorräder zusammen. Beide Maschinen gingen in Trümmer. Die Führer der Krafträder, der 26jährige Herbert Hartkopf aus Neukölln, seine Ehefrau und der 20 Jahre alte Kurt Rädel, in Tempelhof wohnhaft, wurden mit schweren Knochenbrüchen und Schädelverletzungen in das St. Joseph-Krankenhaus gebracht.

Bei einem weiteren Motorradzusammenstoß in der Grunewaldstraße stürzte der Polizeihauptwachtmeister Karl Lüttke von der Kraftfahrbereitschaft Treptow und wurde mit inneren Verletzungen in das Staatskrankenhaus geschafft. An seinem Aufkommen wird gezweifelt.

An der Windscheid- Ecke Pestalozzistraße stieß ein Personenauto mit einem Radfahrer zusammen. Der Radfahrer wurde mit einem Schädelbruch in das Westend-Krankenhaus gebracht.

Gronau auf dem Ozean niedergegangen

Manila, 10. Oktober. Die hiesige Funkstation hat Notsignale des deutschen Fliegers von Gronau aufgefangen, die besagen, daß er wegen eines Motordefekts gezwungen gewesen sei, auf dem Indischen Ozean nordwestlich von Swettenham (Straits Settlements) niederzugehen.

Nach einer späteren Mitteilung ist als Positionsangabe des Fliegers 14 Grad 20 Minuten nördlicher Breite und 97 Grad 10 Minuten östlicher Länge verstanden worden.

Ein weiterer Funkspruch von Gronau besagt, daß er mit einem Wasserflugzeug etwa 200 Meilen südlich von Rangun bei hohem Seegang treibe. Sein Niedergang auf See sei durch Bruch der Wasserpumpe verursacht worden.

Gefährliche Begegnung

Eine gefährliche Begegnung hatte ein Landwirt, der abends mit seinem Fahrrade nach Steesow unterwegs war. Auf der Fahrbahn stellte sich ihm plötzlich ein Hirsch entgegen, der wahrscheinlich durch das Lampenlicht des Radfahrers geblendet worden war. Bei dem Zusammenstoß drang dem Landwirt das Geweih in die Backe, so daß der Verletzte sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Vor der Fürstenhochzeit in Koburg

Ein Blick in das Wohnzimmer der Prinzessin Sibylle von Sachsen-Koburg-Gotha auf der Veste Koburg, wo sie sich am 22. Oktober mit dem Prinzen Gustav Adolf von Schweden vermählen wird.

Mord an einem Chauffeur

Führerloses Auto rast gegen Chausseebaum — Mörder noch unbekannt

Berlin, 10. Oktober. Am Sonnabend wurde auf der Chaussee Grünberg—Krossen a. O. ein schweres Verbrechen an einem Taxichauffeur verübt. Der 27jährige Taxichauffeur Paul Sarnowski aus Neusalz wurde am Steuer seines Taxis von mehreren Fahrgästen, die ihn in Neusalz zu einer nächtlichen Ueberlandfahrt angenommen hatten, meuchlings ermordet.

Das Verbrechen wurde von einem Motorradfahrer, der von Krossen nach Grünberg fuhr, nach 10 Uhr abends entdeckt. Der Motorradfahrer bemerkte nämlich auf der linken Seite der Chaussee ein Taxi, das offenbar einen Verkehrsunfall erlitten hatte. Der Wagen stand halbschräg im Chausseegraben und war auf einen Chausseebaum aufgerannt, die Vorderachse war gebrochen und das Steuerrad war dem Chauffeur, der leblos auf dem Führersitz saß, ins Gesicht gedrungen.

Der Wagen mußte nach der Ermordung des Chauffeurs führerlos über die Chaussee gerast sein und an den Baum anfahren haben. Der Motorradfahrer alarmierte die Grünberger Polizei. Als diese kam und den Chauffeur aus dem zertrümmerten Wagen zog, entdeckte sie auch am Rücken des Chauffeurs Blut. Es wurde festgestellt, daß Sarnowski von einem Schuß aus einem 6,35 meter-Kaliber-Revolver getroffen worden war. Es handelt hier offenbar um einen Raubmord, da bei der Leiche weder noch Autopapiere gefunden worden sind.

Von den Verbrechern fehlt vor der Hand noch jede Spur. Wo sind diese zu suchen? In Neusalz fanden am Sonnabend und Sonntag die sogenannten „Glückstage" statt, eine Art Jahrmarkt. Verlosungen, zu dem aus der ganzen Umgebung Gäste kamen. Die Mörder dürften offenbar den Kreisen dieser Gäste entstammen.

Ein Gesandter ausgerückt

Wien. Mitte Juli verschwand plötzlich aus Wien der bis dahin hier als argentinischer Gesandter tätig gewesene General Martin E. Bortagaray. Auch heute ist der Aufenthalt des Herrn Bortagaray den Behörden unbekannt. Es meldeten sich in der letzten Zeit aber zahlreiche Personen, denen der ehemalige Gesandte namhafte Beträge schuldig ist. Diese Personen haben sich zu einer Aktion zusammengeschlossen und beantragten bei Gericht die Bestellung eines Abwesenheitskurators für den verschwundenen Gesandten, um die Möglichkeit zu haben, die Forderungen gegen ihn geltend zu machen. Diesem Antrage wurde auch stattgegeben und als Kurator der Rechtsanwalt Dr. Robert Brunner bestellt.

Die Leningrader Leichtindustrie hat in der zweiten Septemberdekade ihre Produktion um 3 800 000 Rubel im Vergleich zur ersten Septemberdekade gesteigert. Vom 1. bis zum 20. September haben die Fabriken für Leichtindustrie Gegenstände für 50 265 000 Rubel gegen 39 830 000 Rubel in den ersten 20 Augusttagen, produziert.

Die Produktionssteigerung beziffert sich auf 26,2 Prozent.

★

Anfang des Jahres 1933 wird in der Siedlung Konstantinowo (Iwanowsker Gebiet) der Bau einer neuen Fabrik für synthetische Fette in Angriff genommen. Das wird die erste Fabrik in der UdSSR. sein, in der Fette, hauptsächlich Seife, aus Kohlenwasserstoff, Erdöl und Paraffin produziert werden. Das Werk wird 1933 in Betrieb gesetzt und schon im Laufe dieses Jahres 10 000 Tonnen Fettprodukt liefern.

Bürgermeister bringt seine Familie

Auerbach, 10. Oktober. Der 37 Jahre alte Bürgermeister Scharrtanne, Hofmann, hat seine 35 Jahre alte Frau, seinen elfjährigen Sohn und seine neunjährige Tochter im Bett mit Beil erschlagen.

Am Sonnabendfrüh kam Hofmann ins Büro und gab vor, er müsse nach Auerbach in die Amtshauptmannschaft, um dort Angelegenheiten zu erledigen. Einige Stunden später jedoch im Walde erhängt aufgefunden. Im Büro hatte er erklärt, daß seine Frau mit den Kindern verreist sei. In zurückgelassenen Schriftstücken hat der Bürgermeister angegeben, er habe seine Angehörigen getötet, um sie nicht allein in der Welt zurückzulassen. Die Gründe zu der Tat konnten bisher nicht festgestellt werden.

Die Geliebte erschossen

Am Montag nachmittag tötete der 28jährige Max F. die 19jährige Hausangestellte Ida Schiewek in einem kleinen Schuhgeschäft in der Messergasse in Breslau durch einen Schuß in den Kopf und verübte darauf Selbstmord, indem er sich eine Kugel in die Schläfe jagte. Der Anlaß zu der Bluttat war eine unglückliche Liebe. Die beiden jungen Menschen stammten aus Ohlau (Kreis Ohlau). Die Angehörigen des Mädchens wollten von der Verbindung nichts wissen. Am Montag traf Förster das Mädchen in der Stadt. Dabei kam es zu einem lebhaften Streit. Nach Schriftwechsel, in dem Förster Drohungen geäußert hatte, lockte Schiewek lief in ein kleines Schuhgeschäft, wo Förster ihr folgte und dem Mädchen und sich die tödlichen Schüsse beibrachte.

Verantwortlich: Alfred [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0008

„Wir sind stolz darauf, daß wir kämpfen"

Reportage über den Streik im Papen-Betrieb Steingutfabrik Villeroy & Boch in Torgau von W. Burghardt

„Die Stadt ohne Defizit"

Die kleine Stadt Torgau an der Elbe ist in heller Aufregung. In allen Straßen und Gassen stehen Arbeitergruppen, die vom Streik im Papen-Betrieb Villeroy & Boch diskutieren. Bei den Mittelständlern und Kleingewerbetreibenden herrscht allgemein die Auffassung, daß der neue Lohnabbau, notverordnet durch den Reichskanzler von Papen, unerträglich ist für die Arbeiter und gleichzeitig für den Mittelstand. Durch den Lohnabbau sinkt die Kaufkraft der werktätigen Massen, und die bereits schlechte Existenz der noch nicht pleite gegangenen Kleingewerbetreibenden treibt rasch dem Ruin entgegen. Größer wird das Mißtrauen der kleinbürgerlichen Schichten gegen Papen-Regierung, die eine „Ankurbelung der Wirtschaft" versprochen und durch ihre Lohnabbau-Verordnungen den Lebensmittelverbrauch der proletarischen Konsumenten schmälert.

Torgau ist die wirtschaftliche Lage für die Arbeiter und Angestellten geradezu katastrophal. Die bürgerlichen Stadthäupter

Nicht arme Kinder von zwei Betriebsarbeitern

Papen-Betrieb Villeroy & Boch nach der Notverordnung einen Wochenlohn von 18.50 Mark schuften müssen, der Direktor Schäfer 46 000 Mark Jahresgehalt bezieht, Reichskanzler v. Papen erhält ein staatliches Jahresgehalt von rund 36 000 Mark

wissen, daß Torgau die „Stadt ohne Defizit" ist. Auf Kosten der Aermsten der Armen wird gespart. Prompt wurden Kürzungssätze auf Anordnung des Reichskabinetts gekürzt.

Immer mehr gehen die Kapitalisten dazu über, die Löhne der Betriebsarbeiterschaft den gekürzten Unterstützungssätzen anzupassen. Die Papen-Firma Villeroy & Boch, die bisher schon hundsmiserable Löhne zahlte, war rasch zur Hand, um noch höhere Beträge aus den Knochen der ausgemergelten Proleten herauszuschinden. Jedoch die Belegschaft ist nicht gewillt, einen weiteren Lohnabzug hinzunehmen.

Not und das Elend in den Arbeiterfamilien ist unbeschreiblich. Hunger ist an der Tagesordnung; schon lange können sich Frauen und Kinder nicht mehr satteessen. Kohlen und Kartoffeln im Keller für die Wintermonate, an den Kauf von warmer Bekleidung ist gar nicht zu denken, und Hunderte von Arbeiterkindern leiden an Unterernährung. Seit fünf Wochen sind die Kinder geschlossen, aber die Krankenhäuser gefüllt von den Kindern der Erwerbslosen und Betriebsproleten. Diphtherie heißt die Seuche, die ihren Einzug in die Arbeiterfamilien gehalten hat. Nährboden bei den unterernährten Kindern findet. Das Ende aber keineswegs die hohen Stadthäupter, sie leben in Selbstzufriedenheit, denn — „Torgau ist die Stadt ohne Defizit".

Reaktionärer Spießergeist kennzeichnet die Stadt. Sie ist das Nest der Elbjunker und genießt den Ruf eines Hortes der Konterrevolution. Der Reichskanzler von Papen ist allbekannter für diesen Ort. Früher war er Aufsichtsrat der Steingutfabrik Villeroy & Boch. Gegenwärtig ist noch die Aktionär dieser Firma. Aber was wissen die Aktionäre von Not der Arbeiter und Arbeiterinnen? Sie sehen nur eins: Steigerung der Profite — Erhöhung der Dividende. Während der Reichskanzler von Papen jährlich rund 36 000 Mark Gehalt vom Staat bekommt und über große Einkünfte aus Privatvermögen verfügt, während Direktor Schäfer von der Firma Villeroy & Boch 46 000 Mark Jahresgehalt bezieht, müssen die Proleten mit Hungerlöhnen nach Hause.

Und stimmten die Proleten für Streik!

Wie alt ist die Garnitzerin X. 3 Mark und 70 Pfennig beträgt ihr Wochenlohn. Die Einsetzerin Z. mit 19 Jahren erhält nur 4 Mark Wochenlohn. Nicht etwa bei verkürzter Arbeitszeit, sondern bei 48 Stunden. Und nun sollen ihnen noch 20 Prozent abgezogen werden. Das lassen sie sich nicht mehr gefallen. Deshalb waren sie für den Streik und setzten den Beschluß in die Tat um.

Wie schlimmer steht es mit der Aufrechnung der Lohntüte von der Garnitzerin F. S. 91 Stunden hat sie gearbeitet und müßte ausgezahlt von 30,51 Mark erhalten. Durch die Notverordnung des Reichskanzlers von Papen, einem Familienmitglied von der Firma Villeroy & Boch, wurden der Garnitzerin 20×17 Pfennig abgezogen. Eigentlich müßte sie jetzt 27,50 Mark Lohn erhalten, da setzt noch die Notverordnung des früheren Berufskollegen Reichskanzler von Papen ein, den gegangenen Johannes Dr. Brüning. Die Lohntüte sieht folgendermaßen aus:

In Abzug kamen:

Krisensteuer	—,42 Mark
Krankenversicherung	—,83 „
Arbeitslosenversicherung	—,90 „
Invalidenversicherung	—,90 „
für Krankenschein	—,50 „
Abschlag	10,— „
Insgesamt:	**13,55 Mark**

Verblieben ihr nur noch 13,95 Mark von 27,50 Mark Lohn.

Wohlgemerkt, bei 9stündiger Arbeitszeit. Die Garnitzerin F. S. geht jetzt täglich auf Streikposten und löst pünktlich ihre Kolleginnen ab.

Vorbereitungen zum Streik

Der Direktor Schäfer, ein schneidiger Sachverwalter der Interessen der Kapitalisten, kündigte vor kurzem an, daß er von der Papenschen Notverordnung betreffend Lohnabzug Gebrauch macht. Der Lohn wurde gekürzt. Das war vor zwei Wochen. Am 3. Oktober fand eine Betriebsrätesitzung statt. Den darauf folgenden Tag ging je ein Betriebsratsmitglied der RGO, der NSBO und der freien Gewerkschaften zu der Direktion, um zu verhandeln.

Die Direktion lehnte die Verhandlung ab und beharrte auf ihre Forderungen. Die Haltung der Direktion im Betrieb wird bekannt. Der Arbeiterschaft bemächtigt sich eine gewaltige Empörung. Mittwoch, den 5. Oktober, herrscht Kampfstimmung im Betrieb.

In den einzelnen Abteilungen des Betriebes wird Stellung genommen zu dem Lohnabzug. Die Arbeiter und Arbeiterinnen wählen Vertrauensleute. Jetzt entsteht der Kampfausschuß. Am gleichen Tage abends 20 Uhr findet eine Kampfausschußsitzung statt, an der 80 klassenbewußte Belegschaftsmitglieder teilnehmen und beschließen: Lohnraub wird mit Streik beantwortet!

Ein neuer Tag bricht an: Der 6. Oktober. Die Vertrauensleute gehen in ihre Abteilungen, halten Versammlungen ab, unterbreiten den Kollegen und Kolleginnen den Beschluß des Kampfausschusses. Die revolutionäre Antwort, der Streik, löst gewaltige Begeisterung bei der Arbeiterschaft aus. Mittags 12.30 Uhr erfolgt die Abstimmung über den Streik in der ersten Schicht. Die zweite Schicht stimmt um 3 Uhr ab. Das Ergebnis lautet:

Der Streik ist fast einstimmig beschlossen

Die zweite Schicht, die die Arbeit aufnehmen sollte, verläßt mit der Frühschicht geschlossen den Betrieb. Nachmittags 4.30 Uhr ist Streikversammlung. Der Kampfausschuß eröffnet die Massenversammlung. Es wird Stellung genommen zur Wahl einer Streikleitung. Die Versammelten machen verschiedene Vorschläge, u. a. wird vorgeschlagen, die Streikleitung aus fünf Kollegen zu bilden.

Da ergreift ein Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition das Wort. In derben, aber durchschlagenden Worten zeigt er auf die Hungeroffensive der Bourgeoisie und entwickelt dabei die notwendigen Kampfmaßnahmen, die die streikenden Steingutproleten einschlagen müssen. Eine breite Basis muß die Streikleitung haben, das ist der Ausklang seiner Worte.

Immer und immer wieder wurde er bei seinen Ausführungen von stürmischem Beifall unterbrochen. So wird die Streikleitung aus 43 Kollegen gebildet. Alle politischen Richtungen sind in der Streikleitung vertreten.

Streikposten ziehen vor den Betrieb

Freitag früh, den 7. Oktober. Arbeiter und Arbeiterinnen eilen nach dem Betrieb Villeroy & Boch. Sie kommen vor das Fabriktor, früher als an vergangenen Arbeitstagen. Es ist kalt. Herbstwetter. Jakettkragen sind hochgeschlagen, aber es herrscht eine glänzende Stimmung. Vor dem Hauptportal des Betriebes stehen Massenstreikposten. Alle Eingänge sind besetzt. Das gesamte Gelände rings um den Betrieb ist mit einer Streikpostenkette umgeben. Bis in das Zentrum der Stadt hinein sieht man Arbeitergruppen stehen, die über den Streik diskutieren.

In der Nähe des Betriebes hat die Streikleitung ihren Sitz aufgeschlagen. Ununterbrochen kommen und gehen die Streikenden zur

Notverordnungspolitiker und Reichskanzler v. Papen

Familienmitglied der Papen-Firma Villeroy & Boch, Repräsentant der Interessen der deutschen Großkapitalisten und Agrarier, der von „Sparen" redet, auf seinem Morgenritt im Berliner Tiergarten

Registrierung. Die gesamte zentrale Streikleitung bewältigt die ungeheure Arbeit mit einer Ruhe und Sachlichkeit, als ob es ihre tagtägliche Arbeit wäre, was selbstverständlich Erstaunen hervorruft. Ueberall herrscht prächtige Kampfstimmung.

In der Stadt und der Umgebung entfaltet der Solidaritätsausschuß eine rege Sammeltätigkeit. Kleingewerbetreibende und größere Geschäftsleute werden aufgesucht und zur Unterstützung der Solidaritätsaktion angehalten. Der Ausschuß hat sein Lager im Zentrum aufgeschlagen. Stündlich kommen hier die Stoßbrigadler und schleppen Proviant für die Streikenden heran.

Da kommt wieder eine Solidaritätskolonne, schwer beladen. Die Kollegen strahlen über das ganze Gesicht. Dreißig Pfund Fett, eine Speckseite, Erbsen, Butter, Brot, Wurst, Kaffee und noch sonstige Lebensmittel bringen sie an.

Zwei streikende Arbeiterinnen erscheinen. An ihrem freudigen Gesicht kann man sehen, daß ihre Bemühungen für die Solidaritätsaktion von Erfolg waren. 7 Mark und 85 Pfennig liefern sie ab

Oed und leer steht der Betrieb Villeroy & Boch nachdem die Arbeiter in den Streik gegen Lohnraub traten

mit der freudigen Bemerkung, das Geld in zwei Stunden gesammelt zu haben. Schon kommt wieder eine Arbeiterin, die 10 Mark bei kleinen Geschäftsleuten gesammelt hat, und so geht es den ganzen Tag.

Es ist Spätnachmittag. Am Haupteingang des Betriebes stehen ununterbrochen Massenstreikposten. Fast 200 Streikende halten die Zugangsstraßen besetzt. Es ist bekannt geworden, daß im Betrieb noch 25 Streikbrecher arbeiten. Lange hat es gedauert, ehe sie es wagten, den Betrieb zu verlassen. Mit niedergeschlagenen Blicken wollen sie die Kette der Streikposten durcheilen. Sie werden angehalten. Kommunistische, sozialdemokratische, nationalsozialistische und parteilose Arbeiter diskutieren mit ihnen sachlich über ihr schändliches Verhalten gegenüber den Streikenden. Einige erklären, mitstreiken zu wollen. In der zentralen Leitung trifft eine Meldung ein. Die Technische Nothilfe aus Halle will Streikbrecher entsenden. Sofort wird für die Nacht der Streikpostendienst verstärkt.

Es ist Mitternacht. Ein Lastwagenzug rollt heran. Zwei riesige Scheinwerfer blenden die Streikposten. Diese stellen sich vor das Auto und verhindern es am Weiterfahren. Es stellt sich heraus, daß für Berlin ein Steinguttransport verladen werden soll. Es waren keine Streikbrecher — die erwartet wurden —, und lachend ließen die Kollegen das Auto passieren.

Die Morgenstunden brechen an. Es herrscht eine empfindliche Kälte. Ununterbrochen tippeln die Streikposten hin und her, um sich warm zu halten. Auch die Frauen der Streikposten sind auf dem Plan. Sie bringen heißen Kaffe und Brotschnitten, Zigaretten werden verteilt. In der Ferne hört man die Schritte eines Schupos. Er hält sich aber immer in einer gewissen Entfernung von den Streikposten. Eine Ausnahmserscheinung.

Es ist schon 5 Uhr morgens. Noch ist es dunkel. Ein Trupp Landarbeiterinnen, auf dem Rücken die Kiepe — einige haben ihre Kinder an der Hand —, gehen hinaus zur Feldarbeit. Sie fühlen sich verbunden mit den Streikenden, das bezeugen ihre Aeußerungen. Eine alte Mutter ruft den Streikposten zu: „Aushalten, Jungens! Aushalten! Man muß der Bande ..."

Das andere darf hier nicht gesagt werden, denn das ist strafbar nach den Notverordnungen des Herrn von Papen. Wenn die Aeußerungen, die vielfach auch Kleingewerbetreibende machten, an dieser Stelle veröffentlicht würden, dann käme die kommunistische Presse aus der Verbotswelle nicht heraus. Aber sie werden ausgesprochen, das sei hiermit erwähnt und an die Adresse des Reichskanzlers von Papen gerichtet, dem Familienmitglied der Papen-Firma Villeroy & Boch.

(Fortsetzung nächste Seite.)

ODOL-ZAHNPASTA
mit Lingner-Gedenkmünzen-... sie haben Kaufkraft

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0009

Das sind die Kampfforderungen der Streikenden

Die Zugangsstraßen zum Versammlungslokal sind mit Arbeitern und Arbeiterinnen bevölkert. Der Saal faßt die Massen nicht, die Tür des Restaurationszimmers muß geöffnet werden. Auch dieser Raum ist überfüllt. Der Vorsitzende der zentralen Streikleitung erstattet den Situationsbericht. Direktor Schäfer droht dem Betriebsratsvorsitzenden Richtig mit der Staatsanwaltschaft. Er soll die Motive im Betrieb abgestellt haben. Ein Orkan der Empörung bricht bei den Versammelten los, und viele rufen:

„Die haben wir selber abgestellt!"

Eine lebhafte Diskussion setzt ein. Immer wieder erklären die Redner: „Jede Maßregelung muß an unserer Kampfentschlossenheit scheitern!" Nachdem hat die Verhandlungskommission das Wort. Sie berichtet:

„Der Pförtner meldet der Kommission, daß augenblicklich der Direktor mit einem Polizeioffizier verhandele. (Zwischenrufe hagelt es.) Als die Besprechung zu Ende ist, wird die Verhandlungskommission vom Direktor Schäfer empfangen. Die Forderungen werden überreicht:

1. **Keinen Pfennig Lohnabbau.**
2. **Der bereits durchgeführte Lohnabzug muß zurückerstattet werden.**
3. **Entlassungen dürfen nicht stattfinden.**
4. **Maßregelungen werden nicht durchgeführt.**
5. **Jede Notstandsarbeit unterbleibt — die Oefen werden gelöscht.**

Die Antwort des Direktors Schäfer lautet: „Unser Standpunkt bleibt derselbe. Die Notverordnung verlangt es von uns, und wir führen sie durch. Mit den Streikenden verhandle ich nicht. Erst wenn geordnete Verhältnisse herrschen (Schäfer meint damit, wenn die Belegschaft für den gekürzten Lohn arbeitet und in den Betrieb geht), läßt sich die Generaldirektion auf Verhandlungen ein. Wir arbeiten schon jahrelang ohne Profit." (Ein großes Gelächter bricht bei den Streikenden aus.) Die Komission berichtet weiter, daß Direktor Schäfer sagte: „Ich sehe, wir kommen zu keinem Ergebnis, denn Ihnen der Kampf auf die Stirne geschrieben!"

Aus der Streikversammlung kommt der Zuruf: „stolz darauf, daß wir kämpfen!" Die Verhandlungskommission erhält für ihr standhaftes Verhalten stürmischen Beifall. Der Solidaritätsausschuß berichtet über seine Tätigkeit und gaben. Die Organisationskommission ordnet planmäßig Posten an, der am Sonnabendnacht durchgeführt wurde, jetzt ab werden die Streikposten regelmäßig verpflegt. Die provozierende Haltung des Direktors Schäfer hat den Kampfwillen der Belegschaft nur noch verstärkt. Die Versammelten erfüllten

„Der Kampf wird verschärft weitergeführt"

Deshalb wurde die zentrale Streikleitung mit weiteren 20 Kollegen verstärkt. Jetzt ist die Streikleitung 63 Mann stark. Neben älteren Arbeitern gehören Frauen und Jugendliche der Kampfleitung an. Der Kommunist neben dem Sozialdemokraten, der Parteilose neben dem nationalsozialistischen Arbeiter. Ein Erwerbsloser ergreift in der Versammlung das Wort und versichert den Streikenden die volle Solidarität der Arbeitslosen. Weiterhin wird bekanntgegeben, daß die Konsumgenossenschaften Torgau, Belgern und Annaburg große Lebensmittelposten dem Solidaritätsausschuß zugeschickt haben.

Eine Frau aus Hunger-Mansfeld und ein RGO-Kollege richten zum Schluß einen Kampfappell an die Streikenden, der mit großem Beifall aufgenommen wird. In lebhaften Debatten, die die Kampfentschlossenheit der Streikenden tragen, beziehen sie ihre Streikposten mit dem stolzen Bewußtsein, in einheitlicher Front den Sieg über die Papen-Firma Villeroy & Boch zu erringen.

Kapitals-Lakaien sind am Werk

Die Sympathie für die Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition mächst beständig. Die Streikenden wissen, daß erst durch die Initiative der RGO der Kampf organisiert und ausgebrochen ist. Große Teile der Arbeiterschaft und Klassengegner waren überrascht, als der Streik begann. So auch die Gauleitung der Nationalsozialisten, die nachträglich erfuhr, daß die nationalsozialistischen Arbeiter sich an dem Streik beteiligen. Flugs kam der Gau-Betriebszellenleiter Bachmann von Halle angerast, um die einheitliche Kampffront zu zerschlagen, und gemäß des Programms der NSDAP die Kapitalisten zu schonen. Er verlangte von den Nazi-arbeitern, eine eigene Streikleitung zu bilden und aus der zentralen Streikleitung auszutreten. Das sollte der erste Schritt sein zum Verrat an den Streikenden. Kategorisch lehnten die Nazi-arbeiter das verräterische Ansinnen ab und kämpfen in einheitlicher Front gegen den Lohnraub.

Neuerdings wird bekannt, daß die Gewerkschaftsbürokratie Einheitsfrontaktion der Streikenden unterminieren will. Im Wissen der Belegschaft und ohne sich in Verbindung mit der zentralen Streikleitung, verhandelten die Fabrikbürokraten Apelt und Mierschke mit der Direktion. Die Kuhhandelei hat bereits begonnen, und die Gewerkschaftler sind im Werke, die geschlossene Streikfront zu zerreißen.

An diesen Vorgängen ist ersichtlich, wo die Verräter der ausgebeuteten und hungernden Arbeiterschaft sind. Das Vertrauen, das die Streikenden in die setzt haben, muß weiter aufrechterhalten bleiben. Auf diesem Wege wird der Lohnraub zurückgeschlagen werden.

Devise:

Ein Feind — ein Kampf — eine Front

Nur der „Klassenkampf"

ist der Kampfgenosse aller Unterdrückten und Ausgebeuteten. Kämpft gegen Lohnraub und Faschismus.

Darum werde Abonnent!

Einheitsfrontaktionen

gegen Lohnraub und faschistische Diktatur organisiert und führt die KPD. Darum wählt am

6. November die Liste 3!

AUS DEM BEZIRK

Dienstag, den 11. Oktober 1932.

Große Nazipleite in Wettin

A.-K. Wettin. Am Donnerstag, dem 6. Oktober, veranstaltete die NSDAP, Ortsgruppe Wettin, eine öffentliche Volksversammlung unter dem Thema: „Gegen Kapitalismus, für Sozialismus." — Zu dieser Versammlung suchten sich diese Nazis ausgerechnet den Saal aus, der seit Jahr und Tag von der KPD-Ortsgruppe als ihr Versammlungslokal benutzt wird.

Aber auch jetzt mußten sie eine große Pleite erleben, indem sie außer ihrer SA nur 23 Besucher hatten. Ihr Nazipartei-genosse, der zu dem von der SPD abgelesenen Thema referierte, konnte nur mit demagogischen, phrasenhaften Worten dieses für die Nazis so widerspenstige Thema ableiern. In diesem Referenten hat der Nazi-Klötzner einen gleichwertigen Nachfolger gefunden, denn was dieser Nazijüngling von seiner Reise in Sowjetrußland für Schauermärchen brachte, konnte jeder klardenkende Mensch als fühlbaren Schwindel erkennen. Nach den Ausführungen dieses Referenten könnte heute kein Mensch mehr in Rußland am Leben sein, und die Russen, die es noch sind, müßten Deutschland, Finnland usw. vollkommen übervölkert haben. In gebührender Weise erhielt er die Antwort von unserem Genosse Erling, denn wir als KPD-Mitglieder besuchten diese Versammlung, um den Nazis zu beweisen, daß wir nicht zurückschrecken, unsere Lokalitäten zu behaupten und ihnen zu zeigen, daß sie unfähig sind, unsere Genossen zu ködern.

Klassengenossen und -genossinnen, erkennt daran, daß keine andere Partei euch den Ausweg zeigt als die KPD. Darum kämpft in revolutionärer Front, wählt am 6. November Liste 3!

Sonderbare „Arbeitervertreter" mit denen abgerechnet werden muß

A.-K. Gutenberg. Am Donnerstag fand eine Gemeindevertretersitzung statt, in der u. a. auch über die Mietverhältnisse im Gemeindehaus beraten wurde. Die Gemeindevertretung besteht hier aus zwei Bürgerlichen, einem Nazi und 7 Vertretern einer Arbeiterliste, unter denen sich ein Kommunist befindet. Der Gemeindevorsteher Lindenhahn war auch ehemals Kommunist, ist aber zum Renegaten geworden. Jetzt betreibt er eine Gastwirtschaft, in der fast sämtliche Arbeiter verkehren.

Es hat sich jetzt herausgestellt, daß die Mieter des Gemeindehauses die hohe Miete nicht bezahlen können. Das trifft besonders auf einen in der Papiermühle beschäftigten Arbeiter Schulze zu, der wöchentlich noch ganze 22 RM verdient. Dieser Arbeiter wurde vorgeladen und ihm ein Revers unterbreitet,

wonach er sich verpflichten sollte, außer der hohen Miete wöchentlich noch 3 bis 5 M. für Mietrückstände zu zahlen.

Es wurde ihm sogar der Vorwurf gemacht, daß er nicht bezahlen will. Besonders taten sich dabei hervor der Gemeindevorsteher und der Gemeindevertreter Bahnarbeiter Ernst Thielicke, der im Arbeitergesangverein Vorstandsmitglied ist. Schließlich wurde dann einmütig, gegen die Stimme des einzigen Genossen Wilsdorf, beschlossen, daß der Arbeiter Schulze auf Räumung verklagt werden soll.

Mit solchen „Arbeitervertretern" kann die Arbeiterschaft natürlich nicht länger Gemeinschaft halten. Ihnen gilt es den Kampf anzusagen. Werktätige von Gutenberg! Schließt euch zusammen in roter Einheitsfront und gebt den Lakaien des Bürgertums die richtige Antwort.

Ammendorf. Mehr denn je ist die internationale Sprache „Esperanto" ein Mittel des proletarischen Klassenkampfes. Sie ermöglicht allein die direkte Verbindung mit den Klassenbrüdern der kapitalistischen Länder und der Sowjetunion. Arbeiter, werktätige Frauen, lernt Esperanto! Kursus für Anfänger beginnt heute, Dienstag, den 11. Oktober, 17 Uhr, im „Naturfreundehaus".

Nazi-Kaufmann greift zur „Selbsthilfe"

Den Wohlfahrtserwerbslosen das letzte Geld entrissen — An den Unrechten gekommen
Die Arbeiterschaft ist gewarnt

A.-K. Köthschen. Die rapide Senkung der Unterstützungssätze hat manche Arbeiterfrau gezwungen, Schulden zu machen, um die notwendigsten Lebensmittel zu bekommen. So hatte auch die Frau des Wohlfahrtserwerbslosen L. bei dem Kaufmann Brandt, einem ehemaligen Leuna-Meister, ein paar Schulden gemacht. Als dieser „solide Kaufmann" sich als Naziheld entpuppte, bezog die Frau ihre Waren von einem anderen Kaufmann. Der Schuldbetrag bei Brandt war bis zum 30. September schon nahezu getilgt, **als sich an diesem Tage folgendes ereignete:**

Die Wohlfahrtsunterstützung wird in der Zeit von 15 bis 16 Uhr in der Werkstatt des Schreinermeisters Gimpel ausgezahlt. Kurz vor dem Beginn erscheint der genannte Naziheld Brandt und nimmt im Einverständnis mit Herrn Gimpel Aufstellung an der Auszahlungsstelle, wo sich sonst niemand aufhalten darf.

Als nun der Wohlfahrtserwerbslose L. sein Geld erhalten soll und bereits über den Betrag von 14 RM quittiert hat, zählt Herr Gimpel den Betrag auf und der Nazikaufmann reißt das Geld an sich und stößt den L. mit Gewalt beiseite.

Schon aber hat er einen Gegenschlag und fliegt über die Hobelbank. Die Kämpfenden werden getrennt. Herr Brandt flüchtet, der Schreinermeister Gimpel aber verbietet dem Beraubten das Betreten der Werkstatt. Die gesamten Erwerbslosen gerieten in Empörung und unternahmen bereits Anstalten, um den Dieb aus der Werkstatt herauszuholen. Auf Vorschlag von Funktionären der Partei wurden aber nur die Ausgänge besetzt, um eine Flucht zu verhindern.

Als ein Gendarmeriewachtmeister eintrat, mußte Brandt die geraubten 10 RM dem Wachtmeister aushändigen.

Nach längerem hin und her sah sich dieser dann veranlaßt, das Geld dem Erwerbslosen zurückzugeben.

Der Wachtmeister meinte aber, daß Herr Brandt in Wahrung berechtigter Interessen" gehandelt und „Selbsthilfe" angewandt habe. Trotz eifrigem Studium im Strafgesetzbuch aber nichts derartiges finden von Selbsthilfe.

Dort stand nur, daß derjenige, der einem Dritten mit Gewalt abnimmt, in diesem Falle also Geld, wegen Raubes schuldig macht und mit Zuchthaus bestraft wird.

Der Kaufmann Brandt, der nebenbei auch Fleischer ist, in Merseburg auf dem Markt mit einer Bude. Seine Wohnung ist von einem älteren Ehepaar und deren kranke Tochter sehr viel Kosten verursacht. Brandt aber schon ein halbes Jahr keine Miete gezahlt und die Leute müssen gezwungen, gerichtlich gegen ihn vorzugehen. Auf einen Seite will er sich also mit Gewalt Geld verschaffen, andererseits aber bezahlt er keine Miete, obwohl er doch billig bekommen hat. Was würde die Gendarmerie und die Staatsanwaltschaft wohl sagen, wenn jemand am Marktage bei „Kaufmann" Brandt die Einnahme abnehmen würde, um die alten Leuten auszustellen, die das Geld notwendig für ihren Unterhalt brauchen? In diesem Falle würde wohl die Gendarmerie anders eingreifen.

Die Arbeiterschaft wird ihr Möglichstes tun, um den geschäftskranken Nazimann „noch besser" auf die Beine zu helfen.

Ausschnitt aus dem Gerichtssaal

A.-K. Elsterwerda. Vor dem Schöffengericht fanden vor einigen Tagen mehrere wichtige Verhandlungen statt. Da war der Tiefbauunternehmer aus Senftenberg wegen Betrugs an der Ortskrankenkasse Liebenwerda angeklagt. Er hat einbehaltene Beträge nicht rechtzeitig abgeführt und noch 25,38 Mark zu entrichten. Zeuge war Direktor Büttner von der O.-K. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von zwei Wochen mit Gewährung bei Zahlung von 30 Mark innerhalb von sechs Wochen.

Der Tischler Kuhl wurde beschuldigt, Wechsel gefälscht zu haben. Er hat Wechsel mit dem Namen seines Vaters und des Schwagers versehen. Die Tat wurde bestritten. Ein Schriftsachverständiger aber bekundete unter Eid das Gegenteil. Der Angeklagte wurde zu drei Monaten Gefängnis und Tragens der Kosten verurteilt.

Proleten sollen auf die Straße fliegen

A.-K. Elsterwerda. Vor einiger Zeit wurde die in der Bismarckstraße liegende Wirtschaft des Herrn Gottschalk verkauft. Käufer war ein Herr Lehmann aus Biehla. In dieser Wirtschaft wohnen heute noch zwei Mieter, die schon lange Wohlfahrtsempfänger sind. Außerdem wohnt in dem Hause auch noch die Wirtschafterin des ersten Besitzers.

Die beiden Wohlfahrtsempfänger waren infolge der immer mehr abgebauten Unterstützung nicht mehr in der Lage, die Mieten zu bezahlen. Das wenige Geld, das sie erhielten, ging für den Lebensunterhalt drauf. Die Frau des einen Mieters ist schon seit langer Zeit krank und kann keinerlei Arbeit verrichten. Der neue Besitzer des Hauses, Herr Lehmann, will nunmehr diese Leute mit Gewalt auf die Straße setzen lassen. Es muß Herrn Lehmann geraten werden, den Bogen nicht zu überspannen.

Und immer wieder der Paragraph 218

Wegen Abtreibung, Beihilfe und vollendeter Abtreibung standen ein Fräulein Zieschе, ein Junggeselle Schwarze und ein Angestellter Max Pöschke vor Gericht. Der Verkehr des Fräulein mit Schwarze hatte Folgen gehabt. Beide wandten den Sanitäter Pöschke und baten um Hilfe. Diese willigte ein und Pöschke hatte auch, wie festgestellt wurde, insgesamt 5 Mark dafür erhalten. Auf Grund der Beweisaufnahme wurde Schwarze zu zwei Monaten, Fräulein Zieschе zu drei Wochen und Pöschke zu zwei Wochen Gefängnis verurteilt. Allen drei wurde ein dreijähriger Strafaufschub mit Erlaß der Kosten bewilligt. Nur Pöschke muß innerhalb sechs Monaten 30 Mark in die Gerichtskasse zahlen.

Auch diese Verhandlung zeigte, daß der Kampf gegen den Schmachparagraphen 218 mit allen Mitteln geführt werden muß. Es darf nicht länger angehen, daß Menschen, die Frauen helfen, noch mit Gefängnis bestraft werden.

Immer wieder: Schafft rote Hilfe!

Es steht unzweifelhaft fest, daß das Konzert von Geigers seit langem die größte Veranstaltung ist. Im Zusammenhang damit richten wir erneut den Appell an die Einwohner, jetzt auch weiterhin die Rote Hilfe in der Ausübung ihrer gewaltigen Aufgaben zu unterstützen. 9000 politarische Gefangene sitzen in den Gefängnissen und Zuchthäusern, die mit ihren Angehörigen auf die Solidarität aller Werktätigen angewiesen sind. Jedes neue Mitglied der Roten Hilfe bedeutet neuer Schlag gegen die Klassenjustiz.

Letzte Kurzmeldungen

Schladitz (Kr. Delitzsch). Totgefahren. An einer Kreuzung wurde ein Leipziger Arbeiter, der mit seinem Rad auf der Straße hielt, um Spaziergänger nach dem Weg zu fragen, von einem entgegenkommenden Kraftwagen umgefahren und schwer verletzt, daß er noch am Abend verstarb.

Stangerode (Mansf. Gebirgskr.). Beim Drillen zerquetscht wurde hier einem Jungen, der seinem Vater der Herbstbestellung half und dabei mit der Hand geriet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019321011-14/fragment/page=0010